

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Derzeitungsabnehmern und in allen Abteilen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: pro Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,50 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle und Redaktion: Wölbelsplatz 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 15690  
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr literarische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neu zumal gepaltene Nonpareille oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeitung an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM, Anzeigenannahme freitags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Wölbelsplatz 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 14. April 1930

Nummer 88

## Die Sozialdemokratie rettete Brüning

Zoll- und Steuerraub des Bürgerblod-Kabinetts mit 11 Stimmen Mehrheit angenommen / 25 SPD-Abgeordnete fehlten, 14 waren vom Parteivorstand abkommandiert worden — Eugenbergs-Fraktion gespalten

### Heute Entscheidung in dritter Lesung

Dresden, den 14. April.

Bei der zweiten Lesung des entscheidenden Antrages der Regierungsparteien auf gemeinsame Beratung und Inkrassierung der Steuer- und Zollgesetze erhielt die Regierung am Sonntagabend nur die knappe Mehrheit von 217 zu 206 Stimmen. Das Bürgerprogramm des Hungers und der Ausbeutung wurde also durch ganze 11 Stimmen gerettet. Diese Mehrheit wurde erreicht, weil 25 sozialdemokratische Abgeordnete, von denen nur 11 entschuldigt waren, vom Fraktions- und Parteivorstand abkommandiert waren. Denn als Konsequenz einer Regierungsänderung würde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen würden der SPD eine schwere Niederlage bringen.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob die Bürgerblodregierung im Parlament gestürzt wird, fällt heute in der dritten Lesung bei der Abstimmung über die Steuer- und Zollgesetze. Es ist wahrscheinlich, daß eine der inoffiziellen Flügelparteien des Bürgerblods, die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten, abermals Abkommandierungen vornehmen werden. Schon deutet die demokratische Presse an, daß nach Verabschiedung der Gesetze die Wiederaufrichtung der Großen Koalition wünschenswert sei. Und das Zentralorgan der SPD kommentiert in seiner Sonntagausgabe dieses Angebot: „Die Bürgerblodregierung so bald als möglich zu befeitigen und durch eine bessere zu ersetzen, muß fortan das Ziel aller unserer politischen Kämpfe sein.“

Die ganze Scheinopposition der SPD richtet sich also keineswegs gegen den Youngplan mit seinen Massensteuern und Zollerhöhungen, mit seiner Kapitalsozialpolitik und Sozialreaktion, sondern sie ist ausschließlich ein Druckmittel, um erneut von den bürgerlichen Parteien zur Mitregierung herangezogen zu werden. Sollte es wider Erwarten dennoch zu einer Zusammenkunft für das Kabinett Brüning heute und damit zur Reichstagsauflösung und Neuwahlen kommen, so wird die Arbeiterklasse wissen, was sie von der sozialdemokratischen Wahlparole zu halten hat.

an. Hierher arbeiten die Mitglieder des KPD, die jungen Antifaschisten und die jugendlichen Erwerbslosen, um die Jungarbeiter und Arbeiterbewegung für den Reichsjugendtag zu mobilisieren und die auswärtigen Gäste, die durch Dresden nach Leipzig maršierten, für die Nacht in Quartieren unterzubringen. Begleitet beschlossen die Jungarbeiter in den Betrieben, Sportvereinen und Organisationen ihre Beteiligung am Reichsjugendtag, dem Kampf der Jungproletarier für die einheitliche Klassenfront gegen den Kapitalismus.

### Gegenoffensive aus den Betrieben!

„Die Herrschaften der rechten Reaktion um Brüning und Brüning, die Rechten, die sich nicht mit Revolutionäre denken und stellen. Das sind wirkliche feindsinnige Demokraten, die dem Proletariat in die Hände spielen. Wenn sie sich für die Arbeiter der Gewerkschaft und der Arbeiter der Proletarier ausgeben, dann in Wirklichkeit werden sie in jedem Augenblick das Gegenbild einer wirklichen Partei zeigen.“ (W. K.)

Dresden, den 14. April.

10 Jahre sind es her, seit Lenin so den Charakter der „linken“, reformistischen Strömung, der damals noch Unabhängigen, definierte. Seitdem sind diese „Revolutionäre“ nicht nur organisatorisch in den Schoß der 2. Internationale zurückgefallen, sondern sie haben sich auch in ihrer praktischen Politik der sozialfaschistischen Praxis der Gewerkschaften und Arbeiter angegeschlossen. Was von ihrem damals typisch autonomistischen Wahn übrig geblieben ist, ist die „linke“ Phrase, auch sie gesaugt, revidiert, aber immer noch gefährlich genug, um die heutigen „linken“ Führer der SPD als die gefährlichsten Spielarten des Sozialfaschismus erkennen und bekämpfen zu müssen. In der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung hat Lenin mehr als einmal die Arbeiter gewarnt, sich vor jenen Leuten in acht zu nehmen, die mit radikalen Worten „spielen“. Das Kriterium eines Revolutionärs und einer revolutionären Organisation ist nicht das, was sie sagen, sondern daß sie ihre revolutionären Forderungen mit ihrem praktischen Handeln in Einklang bringen.

Wie glänzend paßt dieses Mahnwort Lenins auf die gegenwärtige Lage, wie zeitgemäß ist es, den sozialdemokratischen Arbeitern diese Wahrheit zu begründen. Die SPD-Prese in Sachsen überprüft gegenwärtig in ihrer radikalen Propaganda gegen den Bürgerblod, wenn „linke“ Phrasen den Klassengegner verumrunden könnten, das Brüning-Kabinett wäre bereits verurteilt. Aber um die Herrschaft des Bürgerblods zu erschüttern, die Offensiv des Finanzkapitals zu brechen, genügen nicht Worte. Ohne den außerparlamentarischen Einsatz aller proletarischen Kräfte, ohne nicht alles zu unternehmen, die letzten Reserven der proletarischen Klasse in die Front zu werfen, ohne nicht alle Kräfte auf den nächsten Schritt zu konzentrieren, auf die „Ausliniung der Form“ des Herantretens an den proletarischen Befreiungskampf, ist jeder Radikalismus in Worten ein ausgemachter Massenbetrug.

Die SPD-Führer einschließlich der „linken“ führen nicht einmal eine parlamentarische Opposition gegen die Bürgerblodherrschaft. Selbst hier, und wie anders wäre es möglich, ist ihre „reformistische Realpolitik“ eine faschistische Bundeshilfe für die Brüning- und Eugenbergs. Erst recht oder entschließt sich der Charakter ihrer „Oppositions“politik außerhalb des Parlaments, wo sie in den Vorkommnissen und Polizeipräzedenzen, in den Kommunen und im Gewerkschaftsapparat alle Niedertracht anwenden, die Entfaltung der proletarischen Gegenoffensive zu verhindern. Ihre „Opposition“ in Worten steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem praktischen Handeln, oder besser gesagt, sie ist eine Ergänzung ihrer sozialfaschistischen Politik, indem sie die SPD-Arbeiter an der Abwanderung zur kommunistischen Front zu verhindern trachtet. Um so größere Verantwortung lastet auf den Schultern eines jeden Kommunisten, dessen Aufgabe es ist, nicht nur die geschlossene Front von Oben bis Unten zur Verteidigung Youngdeutschlands zu durchbrechen, sondern im Prozeß dieses Kampfes die sozialdemokratischen Arbeiter und die proletarischen Mitkämpfer des Faschismus aus der gegenwärtigen Klassenfront zu lösen und sie einzulagern in die Kampffront unter kommunistischer Führung.

In welcher chronischen Krise sich der deutsche Kapitalismus befindet, wie unüberbrückbar der Widerspruch zwischen Kapitalanlage und Kapitalverwertung infolge der immer enger werdenden Marktstränken ist, wie die Produktionsziffern, trotz der hohen Kurve der Erwerbslosigkeit, trotz Saisonbeginn, großer Geldflut und billiger Anleihebedingungen für die deutschen Kapitalisten und billiger Anleihebedingungen für die deutschen Kapitalisten in Verbindung mit der amerikanischen Wirtschaftskrise wird, diese Widerstände noch erhöhen für die deutschen Kapitalisten gibt es keinen Versuch eines Auswegs aus ihrer Lage, als die Ursachen ihrer wachsenden ökonomischen Schwierig-

## Verbrechen auf Verbrechen!

Die Rolle von SPD und Nazis in der Sonnabendstimmung des Reichstages

Ohne die Deutschnationalen war das Steuerprogramm der Regierung ohne Mehrheit. Aber da diese Steuern zur direkten Bezahlung des Youngplans dienen und die deutschnationalen Kleinbürger auch von ihnen arg betroffen werden, herrschte in der Eugenbergs-Fraktion sehr wenig Stimmung für die Annahme des Steuerprogramms. Um die Gefahr einer Niederlage des Steuerprogramms zu bannen, was die Reichstagsauflösung automatisch nach sich gezogen und die Junker vorerst um ihre Zölle gebracht hätte, verstopfte die Regierung Steuer- und Zollprogramm und erklärte beides als ein untrennbar Ganzes. Das war ein offener Vorkriegsdienst für die Großgrundbesitzer. Und dann schmiss die Brüning-Schule den Eugenbergs-Männern im letzten Moment einen besonders fetten Köder zu: „Wir werden für das Steuerprogramm im Laufe der nächsten Jahre Hunderte von Millionen einsparen!“

So rief der vorkommunistische Führer Dr. Schulz den Deutschnationalen zu: Hunderte von Millionen aus den proletarischen Steuerträgern für die nationalsozialistischen Lastenfundiendelger in Ostpreußen! Da gab Eugenbergs sofort die Zustimmung frei. Da stimmte die Mehrheit der Deutschnationalen, 31 Mann, für das Steuer- und Zollprogramm, während 23, unter ihnen auch Eugenbergs, dagegen stimmten.

Der SPD-Vorstand kommandierte genau 50 sozialdemokratische Abgeordnete von der Abstimmung ab als nötig waren, um der Regierung zur Mehrheit zu verhelfen.

Nie hat es etwas Schamlozes gegeben. Diese Sozialfaschisten küßten den Stiefel, der sie getreten hat, und betätigten sich in der ihnen zugewiesenen Rolle als lokale Opposition und taktische Förderer des Bürgerblods hinter den Kulissen.

Nachdem so die Regierung gerettet war, folgte Schlag auf Schlag die Annahme des Vermögens- und Einkommensteuergesetzes, der bereits von der Koalitionsregierung eingebracht war, sowie des gesamten Agrarprogramms mit den Stimmen der Regierungsparteien einschließlich der Deutschnationalen, unter förmlichen Hinweis auf die Kommunisten. Die Erhöhung der Tabaksteuer, die ebenfalls von dem Hermann-Müller-Kabinett eingebracht war, wird mit den Stimmen der Deutschnationalen angenommen, ebenso die Zuckersteuer, 215 zu 208 Stimmen für die Biersteuer, 220 zu 204 Stimmen für die Erhöhung der Umsatzsteuer, 214 zu 204 Stimmen für die Warenhaussteuer. Und schließlich Annahme des Antrags auf baldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Vorkommnisse (hier: Großgrundbesitzer) Hilfe.

Nunmehr erfolgt unter großer Spannung die Abstimmung über die kommunistischen Anträge über die Bekämpfung der Einkommen über 20.000 Mark und die Erhöhung der Körperschaftsteuer um 20 Prozent.

Für diese Bekämpfung des Reichtums erheben sich lediglich die Kommunisten; alle sozialdemokratischen, alle nationalsozialistischen Abgeordneten bleiben sitzen. Abgelehnt werden die kommunistischen Anträge auf Streichung der

Umsatzsteuer, der Bier-, Tabak-, Zucker- und Mineralwassersteuer.

Abgelehnt werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten die kommunistischen Forderungen zugunsten der Kleinbauern und der kommunistische Eventualantrag, die Zollsätze auf die des Jahres 1925 festzulegen. Ja, selbst der SPD-Antrag auf Erhöhung der zollfreien Einfuhrmenge für Gefrierfleisch wird mit allen Stimmen gegen die unserer Abgeordneten abgelehnt.

Ihr sollt kein billiges Fleisch haben, Arbeiter und Erwerbslose!

Die kapitalistischen Parteien wollten es nicht, die SPD und die Nazis wollten es ebensowenig. Diese beiden Parteien verlängerten ihr Sündenregister, indem sie auch den kommunistischen Antrag auf Aushebung der Lohnsteuer und für die Erhöhung der Erbschaftsteuer zu Fall brachten.

Wie die Sitzung begonnen hatte, so endete sie: Mit einem entscheidenden Hilfsdienst der SPD für den Hindenburg-Bund. Als das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung zur Abstimmung kam, erhielt es von 425 abgegebenen Stimmen 203. Wieder fehlte eine große Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter.

Das Scheinoppositionelle Manöver der SPD hat mit der gründlichen Selbstenttarnung geendet. Jetzt heißt es, alle Arbeiter, die dieser Partei, wenn auch widerwillig, Gefolgschaft leisteten, vor die Frage zu stellen, ob sie den sozialfaschistischen Steigbügelhaltern des Faschismus weiter blindlings folgen wollen.

Bei uns sammelt sich die kraftvolle proletarische Opposition gegen die Regierung und die Parteien des Youngplans von den Nationalsozialisten, die in Thüringen die unsozialistischen Youngplaner eintreiben und im Reich die Wunderfälle zum Ausheulen der Wertlosen freudig bewilligen, bis zu den Sozialdemokraten. Vom kommunistischen Lager wird der Sturm zur Vernichtung des Youngplans, des Bürgerblods und seiner SPD ausgehen.

### Abmarsch nach Leipzig

Massenmobilisierung! Nur noch eine Woche bis zum Reichsjugendtag

Dresden, 14. April.

Seit vormittag 11 Uhr fand die Abschieds- und Abmarsch der erwerbslosen Jungarbeiter, die zum Reichsjugendtag Ostern nach Leipzig maršieren, auf dem Wölbelsplatz statt. Die erwerbslosen Jugendlichen maršierten mit dem KPD nach Leipzig zum Reichsjugendtag in dem Bewußtsein, es gibt nur eine Lösung aus dem immer unerträglicher werdenden Kapitalismus: der Kampf für die Diktatur des Proletariats. Die Sowjetunion, der gerastete Aufstieg des Sozialismus, sind der Jugend wie dem Gesamtproletariat leuchtendes Beispiel. Der Reichsjugendtag steht deshalb im Zeichen des einheitlichen Kampfes aller Unterdrückten und Ausgebeuteten ohne Unterschied des Alters und Geschlechts um ihre Lebensforderungen, um die Befreiung der kapitalistischen Hölle.

Schon in der vorigen Woche kamen die Trupps der jugendlichen aus der Lausitz, die Jungpioniere von Görlitz in Dresden



# Die Rette des Justizterrors

## Neuer Hochverratsprozess gegen das Ruhr-Echo / Vernehmung des Gen. Schröder

Gen., 11. April. Heute vormittag hatte unser vorantwortlicher Redakteur, Genosse Schröder, eine politische Vorlesung in einem Untersuchungsausschuss zur Vorbereitung des Hochverrats. Mitte Februar soll unsere Zeitung durch Abdruck der wörtlichen Parlamentsrede des Genossen Thälmann "Hochverrat" begangen haben, obwohl ein solcher Abdruck ausdrücklich zu den "verfassungsmäßig verbürgten" Rechten gehört.

### Sofortiger Strafbeginn für Gen. Kropp

Der zu zwei Jahren Festung verurteilte politische Redakteur, Genosse Willi Kropp, hat von der Oberreichsanwaltschaft bereits die Anweisung erhalten, sich am 18. April zum sofortigen Strafantritt im Landesgefängnis in Darmstadt (der Genosse Kropp ist hier) zu melden.

### Hochverratsprozess gegen Gen. Esser

Gen., 11. April. (Eig. Meld.) Gegen den Genossen Esser vom Ruhr-Echo, der in der Untersuchungsausschuss der Zeitung "Der Arbeiter" abgedruckten Aufrufe zum 6. März ebenfalls im Auftrag der Reichsanwaltschaft eine Hochverratsanklage auf Grund des Republikanismus eingeleitet worden.

Es kann für erhebliche Hoffnungen sein, dass die Antwort an das Reichsgericht gegen: Massenwerbung für die kommunistische Partei und die kommunistische Presse, Sammlung für unseren Kampffonds "Run erit recht!"

### 2 Jahre Festung für Glang!

Hochverratsprozess gegen den Genossen Glang (Glang) zu Ende. Er wurde wegen der "Kriegs-Jahne"-Verleumdung und Tendenz, er sich mutig bekennt, unter Bezugnahme auf das Republikanismusgesetz zu der ungebührlichen Strafe von zwei Jahren Festung und 100 Mark verurteilt.

In einschüchternder Rede nahm Genosse Glang zu der Anklage Stellung, legte die Ziele der kommunistischen Partei dar. Seine Ausführungen schloßen mit den Worten:

"Wenn diese wenigen Artikel schon Ihre Gesellschaft erschüttern, dann wundern wir uns freilich nicht über Ihre Angst und Verzweiflung angesichts des Wachstums der revolutionären Bewegung. Ihre Ängste sind hart und schwer; und doch werden sie den Fortschritt unserer Bewegung nicht aufhalten, ja nicht einmal hemmen können. Und wenn Sie unseren Kampf laienhaft Hochverrat nennen — wir werden

ihn doch weiterkämpfen und sind stolz darauf, daß auch die schwersten Verurteilungen unseren Mut nicht brechen!"

Genosse Duh hielt als Verteidiger Glang dem Genoss vor, daß er alle Grenzen über den Begriff der Hochverratsverbrechen überschritten habe. Seit zwei Jahren nehmen die Hochverratsverbrechen Formen an, die alles in den Schatten stellen, was man bisher schon gemahnt war. Im Anschluß an sein Plädoyer forderte Genosse Duh die Haftentlassung des Genossen Glang, der schon seit einem Vierteljahr inhaftiert ist. Nach längerer Beratung verurteilte der 4. Strafsenat folgenden Beschlus:

"Der Haftentlassungsantrag wird abgelehnt, weil die Strafe bei Glang höher sein wird als bei den vorher verurteilten Kommunisten. Auch ist er nicht verheiratet, und das ist ein wesentlicher Grund, um die Haftentlassung zu verweigern."

Dazu schreibt unser Zentralorgan, die "Rote Fahne":

Der Sechsbündige! Nicht weniger kommunistische Redakteure sind in dem letzten Jahre eingekerkert worden. Genosse Glang ist einer von ihnen, einer unserer beliebtesten und populärsten Schriftsteller. Seine scharfe Feder trifft den Feind immer an seinen verwundbarsten Stellen. Gegen seine heftige Ironie, seinen treffenden Witz, den er so oft in den Glossen erprobte, die in der "Roten Fahne" erschienen, gibt es keinen Widerstand.

Das Glangmördergeheimnis ist in Freiheit — die Funktionäre der proletarisch-revolutionären Bewegung werden dahnemalig in die Kerker geschickt. Auf Grund des Republikanismusgesetzes, das Senning mit seinen 133 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und dem Parteivorstand der SPD durchgeführte. So sehr die Verurteilung der Arbeiterklasse nur das Wert der Arbeiterklasse selbst sein kann, so sehr ist der Kampf um die Befreiung unserer eingekerkerten Kämpfer nicht nur das Recht, sondern die Pflicht aller Proletarier.

### Drohende Verhaftung kommunistischer Reichstagsabgeordneter

An die Tatsache, daß einige kommunistische Reichstagsabgeordnete wegen der bei Reichstagsauflösung erfolgenden Verhaftung gestellt haben, knüpft der SPD nahe stehende "Montag Morgen" die Bemerkung:

"Man wird ein sehr lehrreiches Bild von dem 'revolutionären' Opfermut der kommunistischen Parlamentarier erhalten."

falls sich am Montag herausstellen sollte, daß sie aus Angst vor einer Verhaftung sich selber der Möglichkeit berauben, die Regierung Stützung zu leisten."

Das würde dieser Journalist noch wissen. Bald 40 kommunistische Redakteure sitzen bereits in den Kerker der Republik. Jetzt sollen sich auch noch die Reichstagsabgeordneten selbst der Möglichkeit berauben, als Funktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung tätig zu sein.

### Polizei verprügelt einen Blinden

"Dienst am Volk"

Wauken, den 13. April.

Auf dem hiesigen Ostermarkt weilt ein Blinder, der Handharmonika spielte. Von der Polizei wurde ihm dies verboten, der Blinde protestierte und schon rissen ihm zwei Beamte hoch, schleppten ihn an den Haaren in das gegenüberliegende Haus und schlugen auf ihn ein. Kriminalrat Jäger sagte zu dem Blinden, er solle mit dem Schlagring schlagen! Jäger von seinem Schlagring aus der Seitenbühne und gab ihm dem Blinden, der damit auf den Blinden einschlug. In ein herbeigerufenes Auto brachte man den Blinden mit brutalster Gewalt und die beiden trauten sich auf den wehrlosen blinden Mann. Er wurde ins Polizeigefängnis gebracht. Währenddessen hatte sich eine große Menge angesammelt, die gegen die Beamten vorzugehen wollte. Ein empörter Zuschauer rief: "Reißt die Strafe auf und löst die entmenschte Polizei!" Kriminalrat Jäger ließ mit seinem Begleiter in ein Hinterhaus, wo er sich verstaute, er traute sich nicht heraus. Als sein Begleiter hervorgehen wollte, sagte er: "Gegen Sie nicht vor, die schlagen uns tot, ich würde lieber sterben als mich nicht wehren." Mit einem Antio verschwand Herr Kriminalrat.

Schon oft ist es bei uns vorgekommen, daß die Polizisten ohne jeden Grund, bei der kleinsten Begebenheit, Wuchrer schlagen. Wir verlangen, daß hier eine gründliche Untersuchung eingeleitet wird und der Schläger Irban, der den Blinden geschlagen hat, sofort entlassen wird. Arbeiter von Wauken, merkt euch die Namen Irban und Jäger!

### Kleine Meldungen

Der chinesische Außenminister Dr. Wang ist noch einer antilich Meldung zurückgetreten. In seine Stelle tritt Lichangshichien.

Bilubifische Polizeihelfer verurteilt die Lage, daß Arbeiter Emittäre nach Wauken beordert wurden zur Vorbereitung des 1. Mai. Der plumpe Schwandl, die Kommunisten wollen den Bürgerkrieg am 1. Mai organisieren, soll dazu dienen, die hungernden Massen gegen die Kommunisten zu heizen, um sie von dem Kampf gegen das Bilubifische-Hunger-und-Terror-Regime abzuwenden.

Der Pariser Polizeipräsident Chiappe erklärte vor kurzem, Kutschipow sei nicht entführt. Wir berichteten bereits, daß er in Konstantinopel ist. Trotz alledem heißt die bürgerliche Presse erneut gegen die Sowjetunion und die WBI, die der Entführung Kutschipows beschuldigt ist.

Das Pariser Handelsgericht soll nach einer TM-Meldung die russische Handelsvertretung verurteilt haben, 61 Millionen Fr. an den Inhaber der Wilmow-Werke und an die japanische Bank Kinjuss zu zahlen. Aus dieser Meldung geht hervor, daß die Bourgeoisie sich solcher ausgemachten Genuß der Wohlstandlers Wilmow bedient, um von der Sowjetmacht Millionen zu erpressen. Jetzt wird auch erklärt, weshalb die Sowjetregierung Tardieu eine solche Höhe gegen die Sowjetunion entzahlt. Die Arbeiter werden dieser Sache die Antwort nicht schuldig bleiben.

In Abessinien tobt der Bürgerkrieg. Zwei Nachtgruppen haben nach dem Ableben der Kaiserin den Kampf um den Thron.

Macdonalds Regierung trägt sich, nachdem die Bewegung in Indien über Gandhis passive Resistenz hinauswächst, mit dem Gedanken, Gandhi verhaften zu lassen. Seiner Ministertätigkeit untergeordnet Premierminister wird die indischen Millionen Nationalisten nicht abhalten können, die Arbeiter zum Tausel zu jagen.

Die bürgerliche Presse peigert in Deutschland ihre kommunistische Hege. Jetzt wird eine Lüge verbreitet, daß die Magdeburger Kommunisten einen Zusammenstoß mit Spasirgängern hatten, bei dem ein Schutzpolizist einen Schlag auf den Kopf erhielt und schwerverletzt dem Krankenhaus zugeführt wurde.

### Mörder Kapitalismus

Schweres Bergwerksunglück in Amerika — Bis her 17 Tote

TM Neunersf, 14. April. Nach einer Meldung der United Reich aus Carbonale im Staat Washington ereignete sich in dem Bergwerk der Pacific Coal Company ein schweres Explosion, durch die zahlreiche Bergarbeiter verunglückten wurden. Bis her konnten 17 Tote geortet werden. Mit dem Tode der übrigen Verunglückten wird gerechnet.

haben von Arbeitern durchzuführen. Sie nicht nur Hauslich und wirtschaftlich als Kommunisten zu bezeichnen, sondern noch allem den Ausdrucksgrad in den Betrieben zu vergrößern. Die in der Produktion tätigen Arbeiter sehen in der Speerzener der sozialistischen Offensive den Kampf gegen die Hungerarmee der Arbeiter. Die Konkurrenz unter den Arbeitern zu steigern mittels der Hungerarmee der Arbeiter das Lohnniveau in den Betrieben zu senken, die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Darum ist der Klassenkampf im Bereich der notwendigen Stelle Jugenddeutschlands. Von hier muß in erster Linie die proletarische Klassenfront ausgerollt werden mit dem endgültigen Ziel der revolutionären Zerschlagung des Hungertums, der Aufhebung der proletarischen Betriebsfront.

Nicht unwohl verlangen die Industriellen kategorisch einen "mehrfachen Wirtschaftsrat". Nicht unwohl mobilisiert die SPD-Bürokratie alle Kräfte, jede Streikbewegung unmöglich zu machen. Nicht unwohl erhebt die fortwährende Arbeitlosigkeit von Kapitalisten, bürgerlichen Einarsgewalt und sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie die Schlichtungsstellen und die Tarifverträge zu einem unauflösbaren Geißel, wenn es den Arbeitern einfließt, diese Ketten zu zerbrechen. Gerade in diesen Tagen des praktischen Arbeitkampfes gegen kapitalistische Ausbeutung entschloß sich aber auch die Opposition der sozialistischen SPD-Führer, indem sie die Hungerarmee vergrößern, die Massenentlassungen dulden, sich der Schlichterfunktion unterwerfen, die Opposition aus den Betrieben werfen, die roten Betriebsräte demontieren, wenn diese für die Interessen der Belegschaft kämpfen. War damals in den Jahren 1925 bis 1928 das kurz konservative Aufblühen des deutschen Kapitalismus das rechtmäßige Argument, alle Lohn- und Arbeitszeitkämpfe für "unmöglich" zu erklären, so soll heute umgekehrt die Ardie dazu herhalten, Lohnkämpfe als "unmöglich" abzulehnen. War es damals die Wirtschaftsdemokratie, die "auf feindlichem Wege" den Arbeitern höhere Löhne bringen sollte, so soll heute umgekehrt die übermächtige Bürokratie die Aussicht auf günstige Arbeitskämpfe illusorisch machen. Jedes Argument ist diesen "Einflüssen" gut, wenn es der Unterdrückung des Hungertums dient.

Es gibt außer der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition keine andere Kraft, die implante müßte, den Streikkampf in den Betrieben zu organisieren, von hier aus die Front auszurufen. Lohnkämpfe, Arbeitskämpfe um das tägliche Brot, ihre höhererentwicklung zu politischen Massenstreiks im gegenwärtigen das wichtigste taktische Glied, um die arbeitenden Massen auf revolutionärer Grundlage zu sammeln, sie an höhere Aufgaben heranzuführen. Die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter und Arbeitenden, der Erhebung der Forderung nach Arbeit oder voller Unterbringung für die Arbeiterklasse in jeder Streikbewegung, die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen ist die notwendige Ergänzung unseres Kampfprogramms, um eine Verwirklichung der Arbeiter zu verhindern, um wirklich die ganze Masse des ausgebeuteten Proletariats zur Gegenoffensive zu führen.

Auch die sozialdemokratischen, parteilosen, dem Faschismus noch nachhängenden Arbeiter hängen und stehen unter der Felle des Hungertums. Nur wir können und müssen sie zum Kampf führen. Ohne auch nur einen Augenblick darauf zu verzichten, mit dem Kampf um Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und höheren Lohn unsere Endziele, den revolutionären Ausweg aus der Krise zur Debatte zu stellen, werden diese Arbeiter im Prozess des praktischen Kampfes selbst die richtigen, untern Kampfes und unserer revolutionären Politik begreifen. Aus der revolutionären Einheitsfront aller Arbeiter im Kampf um ihre einfachen Lebensbedingungen wird die Einheitsfront um die Befreiung der Arbeiter durch sich selbst unter kommunistischer Führung erwachsen.

Alles kommt jetzt darauf an, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, daß die kommunistischen Betriebszellen und roten Betriebsräte ihre Pflicht tun, weder vor dem Terror der sozialdemokratischen Bürokratie im folgen Opportunismus zurückweichen noch sich leistunglos von der Aufgabe der Gewinnung der Mehrheit der arbeitenden Klasse fernhalten.

### Im Zeichen des 1. Mai

#### Belagerungszustand über Neunersf

Neunersf, 11. April. (Eigene Drahtmeldung)

Der Neunersf Polizeichef hat angekündigt, daß die Polizei einschleusen sei, die 1. Mai-Demonstration unter allen Umständen, wenn nötig, mit Gewalt zu verhindern. In diesem Zweck sind 19000 Polizisten und schützende Kriegsveteranen mobilisiert. Die kommunistische Partei ist entschlossen, die Demonstration trotz Verbot durchzuführen.

In der Gerichtsverhandlung gegen führende Teilnehmer der Demonstration am 6. März wurden die Genossen Jäger und Misor sowie drei andere Genossen für schuldig befunden. Das Gericht tagte ohne Zulassung von Geschworenen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es verbot den Entlassungsgezeugen, auch nur ein einziges Wort über die Brutalitäten der Polizei zu äußern. Das Urteil wird erst am 21. April gefällt. Die Angeklagten befinden sich im Gefängnis.

# Bürgerliche, SPD und Nazis gegen Arbeiterforderungen

## Warum wurde die Ausschließung des Landtages aufgehoben?

Der kommunistischen Landtagsopposition wird aus gegeben:

Die gesamte bürgerliche Presse versucht durch ihre Berichte die arbeiterfeindliche Haltung ihrer Abgeordneten in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 9. April zu vergrößern. Es wird versucht, die Dinge so darzustellen, als wenn durch Aufhebung der Sitzung die Interessen der Arbeiter hätten nicht geschützt werden können. So, wenn schreibt sogar vor dem größten Schwandl nicht zurück. Dreist und frech wird behauptet, daß der Schließungsantrag der Nazis über die Bedauer Waggonsaufsatz wegen Aufhebung der Sitzung nicht hätte berufen werden können, obwohl sie wissen, daß der Berichterstatter der Nazis erklärte, daß er nicht in der Lage sei, einen Bericht zu geben, weil er bisher keine Zeit gehabt habe, sich um die Dinge zu kümmern. Also mit anderen Worten, die Nazis sind über die Verhältnisse gar nicht unterrichtet, sondern haben diesen Antrag nur aus Agitationsgründen eingebracht, um den Kredit bei der Arbeiterklasse nicht vollständig zu verlieren. Das muß sich die Arbeiterklasse bewußt machen.

Das weitere wird im Bericht der bürgerlichen Presse behauptet, daß auch der Antrag der Deutschen Volkspartei gegen die Entlassung der Eisenbahnerführer, sowie gegen Entlassungen der Eisenbahner ebenfalls hätte beraten werden können. Folglich davon, daß sie verschweigen, daß von der kommunistischen Fraktion ebenfalls zu dieser Angelegenheit ein Antrag vorlag, kommt der Schwandl dadurch offen zum Ausdruck, daß dieser Antrag überhaupt gar nicht auf der Tagesordnung

stand. Aber ihre ganze arbeiterfeindliche Haltung kommt durch ihre Stellungnahme zu den Anträgen der Kommunisten, die sie in halber Entschlossenheit mit ihren zukünftigen Koalitionspartnern, den Sozialisten, ablehnen, zum Ausdruck. Die Kommunisten hatten gefordert, daß die Entlassungsgenehmigung für die Schächte "Kallergarbe" in Lügau, sowie die dem Proleten v. Burg gehörigen "Marx" und "Gladau"-Schächte acrtigt werden sollte. Diese für die Bergarbeiter wichtigen Anträge wurden vom gesamten Bürgertum, im Verein mit den Sozialdemokraten, abgelehnt.

Der weiteren forderten die Kommunisten, daß im Bergbau die Arbeitszeit auf 6 Stunden bei Ardeiten unter Tage, und auf 7 Stunden bei Lebertagearbeit, bei vollem Lohnausgleich herabgesetzt werden soll. Dieser Antrag wurde ebenfalls von der Einheitsfront Bürger und SPD abgelehnt. Der Sozialist Herrmann, Gausdorf, früherer Bergarbeiter, wagte sogar bei diesem Antrag zu behaupten, daß das die Wirtschaft (die kapitalistische) nicht tragen könne und die Arbeiter jetzt keinen Kampf zu führen in der Lage seien. Also bei ihm kommen in erster Linie die Interessen der Kapitalisten in Frage, solche für die Arbeiterklasse bestehen bei ihm nicht.

Aus dieser Gegenüberstellung muß die gesamte Arbeiterklasse erkennen, daß nur die Kommunisten ihre Interessen vertreten. Sie müssen weiter erkennen, daß sie ihre Lebenslage nur im tätigen Kampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei für Erhöhung von Lohn und Verkürzung von Arbeitszeit erfolgreich führen können.



# Wählt überall Maikomitees!

## Organisiert in allen Betrieben die revolutionäre Einheitsfront zum 1. Mai!

Die Stärke des politischen Kampfes und der Massenbewegungen am 1. Mai ist wesentlich abhängig von der Organisierung in den Betrieben, von der Aktivität der Betriebsmaikomitees und von der Stärke des revolutionären Vertrauensmannesorgans im Betrieb.

Die Arbeiterklasse braucht klare, breite Einheitsfrontorgane,

die geeignet sind, die Mobilisierung aller Arbeiter zu leiten und zu organisieren. Die frühesten Erfahrungen bei der Wahl von Maikomitees, Kampfkomitees, Kampfleitungen und roten Wahlausschüssen gilt es auszuwerten. Betriebe mit 2000 Arbeitern müssen Komitees in Stärke von 60 bis 70 Arbeitern wählen, ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit. Je höher der Wert auf die Einbeziehung der Frauen und Jungarbeiter gelegt werden. Dort, wo die Einberufung von so großen Betriebsversammlungen erschwert ist, wird die AWO Abteilungsversammlungen einberufen und Delegierte für das Maikomitee des Betriebes wählen lassen. Jede Partei muss von den Angehörigen der AWO herantreten, um die Kollegen über die Notwendigkeit des politischen Kampfes, der Straßendemonstration am 1. Mai und der Wahl von Delegierten für das Maikomitee zu überzeugen.

**Gewinn SPD-Arbeiter für die Maikomitees!**

Die Sozialdemokratie führt ihr Ausbeuterprogramm in den nächsten Tagen durch. Die sozialdemokratischen Führer der SPD und Gewerkschaften sind gewiss, alle Maßnahmen des Kapitalismus zu unterstützen, ganz gleich, ob innerhalb oder außerhalb der Regierung.

Tausende SPD-Arbeiter rebellieren gegen den sozialdemokratischen Kurs ihrer Führer. Sie haben die Forderungen des Gewerkschafts (Massenarbeitslosigkeit, Preissteigerung, Lohn- und Unterhaltungsabbau) genau so zu tragen wie die übrigen Arbeiter.

Die SPD- und AWO-Führer versuchen nach ihrem Hintritt aus der Regierung durch Maßnahmen die Arbeiter irrezuführen und sie vom Kampf abzuhalten. Darum der Ruf der Arbeiterklasse internationale, der den Siebenjundentag fordert, obwohl gleichzeitig die sozialdemokratische Bürokratie als Streikbrecherorganisation in den Arbeitskampf tritt. Die Aufgabe der AWO ist es, die SPD-Arbeiter für die revolutionäre Kampffront zu gewinnen. Durch das Blutbad am 1. Mai 1929 hat die sozialdemokratische Bürokratie allen Arbeitern erneut den Beweis geliefert, daß die Arbeitermassen nur unter Führung der AWO und AWO um ihre Forderungen kämpfen können. Die Anhänger der AWO müssen den SPD-Arbeitern klar machen, daß es nicht genügt, gegen ihre Führung zu rebellieren, sondern daß es nötig ist, den Kampf der AWO zu unterstützen. Sie müssen zu aktiven Mitgliedern der Maikomitees herangezogen werden.

**Wie sollen Maikomitees arbeiten?**

Das Maikomitee muß arbeiten, wenn es seine Aufgaben erfüllen und die Einheitsfrontbewegung nicht diskreditieren will. Die bisherigen Einheitsfrontorgane haben früher ihre Arbeit als Leitung nur teilweise aufgenommen. Eine bessere Arbeit war bereits bei den roten Wahlausschüssen zu verzeichnen.

Das Maikomitee muß nach seiner Wahl sofort zusammenberufen werden. Nach der Wahl der Leitung (Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Kassierer, Agitationsleiter) wird sich das Komitee in Kommissionen aufteilen, z. B. eine Kommission zur Vorbereitung der Abteilungsversammlungen, der folgenden Versammlungen vor dem Betrieb bis zum 1. Mai in Verbindung mit den Erwerbslosen.

Die Kommissionen organisieren die Aftingruppen, die Wahl von roten Vertrauensleuten und die Demonstration des Betriebes am 1. Mai in Verbindung mit den Erwerbslosen und den übrigen Arbeitern.

Zu ihrer Aufgabe gehört auch die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes zum Schutz von Versammlungen und der Demonstration.

# Steinarbeiter, heraus zur Urabstimmung!

## Stimmt gegen die Einführung der Invalidenversicherung im Verband!

Im Steinarbeiterverband wird in diesen Tagen die Urabstimmung über die Einführung der Invalidenversicherung durchgeführt. Die Verbandsorgane müssen sich alle an dieser Abstimmung unbedingt beteiligen, weil es um die entscheidende Frage geht, ob der Kampfcharakter des Steinarbeiterverbandes durch die Neueinführung einer weiteren Unterhaltungsorganisation noch mehr verhandelt werden und zu einer reinen Unterhaltungsorganisation herabgewürdigt werden soll.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat ein großes Interesse daran, daß in allen Verbänden diese Unterhaltungsorganisationen nicht werden, weil sie damit hoffen, die älteren Mitglieder, die sich immer empörten gegen den sozialdemokratischen Kurs der Gewerkschaftspolitik, um so besser von einer ersten Opposition gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik abhalten zu können.

Die Ablehnung der Einführung weiterer Unterhaltungsorganisationen ist darum gleichzeitig ein offenes Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf und gegen die sozialdemokratische Verjüngung der Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die Vereinfachung aller Sozialgesetze,

gegen die Unterhaltungsorganisationen und für die ausreichende Versorgung der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung darf niemals durch Einführung von Verbands-Unterhaltungsorganisationen erzielt werden.

Das vergangene Wirtschaftsjahr soll gegenüber dem Vorjahre im Zeichen einer verfeinerten Konjunktur gestanden haben. Tatsache ist, daß am Jahresende die Millionenarbeitslosigkeit den Höchstpunkt beinahe erreicht hat, daß die Löhne der Arbeiter im Vorjahre zum Teil herabgesetzt wurden durch Akkord- und Lohnregulierungen, daß das Versteigern in den Betrieben kolossal verbreitet wurde, eben mit der Begründung, daß die deutsche Wirtschaft einer neuen Krise entgegengehe. Was folgen aber die Jahresabschlüsse? Die Braunkohlengrube „Eintracht“ brachte wieder wie im Vorjahre 10 Prozent Dividende bei verfallenen Abschreibungen, die Grube „Schade“ Zipsendorf brachte bei erhöhten Abschreibungen 15 Prozent Dividende. Die Bergbau AG laut auf dieser Grube von 400 auf 370 Mann. Die Stralauer Glasfabrik AG in Gelsenkirchen verteilte 10 Prozent Dividende gegenüber 9 Prozent im Vorjahre. Die Vereinigten Holzleimwerke verteilten 6 Prozent Dividende gegenüber 0 Prozent im Vorjahre. Die Sauerbrunnischen Eisenwerke in Wehrta erhöhten die Vorjahrsdividende um 1 Prozent auf 6 Prozent. Die Glas- und Spiegelmanufaktur AG in Gelsenkirchen verteilte 10 Prozent Dividende. Die Norddeutschen Korbwerke verteilten 12 Prozent gegen 10 Prozent Dividende im Vorjahre. Die Berger Tiefbau AG verteilte 20 Prozent Dividende. Die Braunkohlen- und Braunkohlebergbau AG Brühl verteilte 20 Prozent Dividende, gegenüber 27 Prozent im Vorjahre.

**Die Profite steigen**

Es ist allgemein bekannt, daß die Dividendenausstattungen kein klares Bild der Gewinne der Unternehmungen geben. Selbst dort, wo gleiche Dividenden wie im Vorjahre verteilt wurden, sind meist höhere Reingewinne zu verzeichnen. Der Salzburger Konzern meldet selbst, daß höhere Reingewinne erzielt wurden, trotzdem aber die gleichen Dividenden verteilt wurden. Diese Tatsachen beweisen, daß trotz der Krise die Kapitalisten es verstehen, ihre Profite zu sichern. Um so mehr muß dies die Arbeiterklasse anspornen, ihre eigene Lage durch den entschlossenen Kampf um Lohnhöhungen und Siebenjundentag zu verbessern. Dieser Kampf kann nur erfolgreich geführt werden mit den Methoden des revolutionären Klassenkampfes und unter Führung der AWO und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

**Zu den Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn**

# Aufstellung roter Listen bei der Reichsbahn

Im Bahnbetriebsamt Berlin, Bahnhof Bahnhof, wurde in einer am 10. April stattgefundenen Betriebsversammlung die Aufstellung der roten Betriebsratsliste vorgenommen. Trotz des in dieser Dienststelle vorhandenen Schichtwechsels, der eine Zusammenfassung aller dort Beschäftigten fast unmöglich macht, war der Bericht dennoch ein guter. Reichen Wert die reformistische Bürokratie gerade diesen mittleren Betriebsstellen beizumessen, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Beschäftigte der Gruppe Berlin des Einheitsverbandes, Winkler, selbst erklärte war. Nach dem Bericht des Betriebsrates, der die Zustimmung der anwesenden Kollegen erhielt, gegen den allerdings Winkler sehr gern etwas gesagt hätte, sprach er über die Verhältnisse bei der Reichsbahn. Wie konnte er doch so ganz anders reden, als in der von ihm zusammengeschickten Generalversammlung. Seine Ausführungen wurden in einer sehr scharfen Diskussion von den oppositionellen Kollegen auf das heftigste bekämpft. Bei der Abstimmung über die von der revolutionären Opposition eingereichte Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl besaßen die Roten Listen die Zustimmung für ihren Vorrat an den Eisenbahnen. Von den 55 anwesenden Kollegen unter ihnen eine große Anzahl, die dem Einheitsverband angehören — (teilweise 17 bis 20 Jahre) — stimmte nur einer gegen die revolutionäre Liste. Mit einem verzweifelten Gesicht zog Winkler von dannen. Diese Veranlassung beweist aufs neue, welche Stimmung unter den Eisenbahnern vorhanden ist. Dem Beispiel der Bahnhüter Kollegen müssen die Eisenbahner überall folgen.

## Rote Liste zum Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahn AG

Nachgehend veröffentlichte wie die ersten 20 Kandidaten auf die von der revolutionären Opposition eingereichte Vorschlagsliste zum Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahn, auf der 70 Kollegen aus allen Teilen der Reichsbahn kandidieren:

**Vorschlagsliste**

**Kennwort: „Revolutionäre Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner)**

Als Mitglieder des Hauptbetriebsrates bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn AG werden vorgeschlagen:

1. Bruno Siegel, Klempner, Werkstatt, Dresden
2. Friedrich Jendrysch, Güterbodenarbeiter, Betrieb, Hindenburg
3. Fritz Jäger, Bauhilfsarbeiter, Werkstatt, Königsberg
4. Josef Jürg, Wagenpuffer, Betrieb, Berlin
5. Hermann Grawert, Schlosser, Werkstatt, Duppeln
6. Nikolaus Frisch, Schlosser, Betrieb, Köln
7. Anton Stapp, Bahnunterhaltungsarb., Betrieb, Talsburg
8. Sinderich, Förderarbeiter, Werkstatt, Pottsdorf
9. Hugo Hen, Radierer, Werkstatt, Gotha
10. Gottlieb Knäuper, Bahnarbeiter, Betrieb, Pasing
11. Johann Halländer, Güterbodenarbeiter, Betrieb, Homburg
12. Albrecht Koller, Arbeiter, Werkstatt, Stargard
13. Johann Pfeifer, Kottelpuffer, Werkstatt, Frankfurt a. M.
14. Franz Jäh, Rangierer, Betrieb, Wajel
15. Friedrich Knoll, Bahnunterhaltungsarb., Betrieb, Wehra

16. Otto Reinhold, Mechaniker, Werkstatt, Magdeburg
17. Otto Berger, Schlosserschweiger, Werkstatt, Halle
18. Adrian Krey, Schlosserarbeiten, Werkstatt, Stuttgart
19. Wilhan Dombke, Kanalarbeiter, Betrieb, Schneidemühl
20. Emald Wuffenberg, Maschinenpuffer, Betrieb, Sagen

Jeder Eisenbahner, der gegen die Vereinfachung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, muß sich für das Kampfprogramm der revolutionären Opposition erklären und seine Stimme bei den Betriebsratswahlen nachstehender Liste geben. Die diesjährigen Wahlen bei der Reichsbahn müssen zu einer Generalabrechnung mit der reformistischen, christlichen und kirchlich-dunkelsten Gewerkschaftsbürokratie, die die Schuld an dem Elend der Eisenbahner tragen, werden.

# Zwei SPD-i-Züpfelchen mehr in Zschachwitz

In einer Bahnenversammlung zu den Gemeinderatswahlen erklärte Paul Gröblich, daß den linken Sozialdemokraten nichts mehr schließe als das Züpfelchen, um Kommunisten zu sein! Wir überlassen diese Aufklärung dem Paul Gröblich und seinen Freunden, verfahren aber, daß das nur insoweit seine Richtigkeit hat, als sich diese Renegaten noch als Kommunisten ansehen. Wir tun dies bestimmt nicht, leben aber keinen Unterschied zwischen den „linken“ Reichmann, Toni Seiber, AWO und den Brandler, Thalheimer, P. Gröblich und Schreiber. Die Einstellung beider Gruppen in der Behandlung der Fragen in den Gemeinderatsparlamenten und auch in ihren Funktionen als Betriebsräte (siehe Gohlschwerf, Niederschlag) und in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterklasse, zeigen klar und deutlich, daß ein Unterschied zwischen den Brandleristen und „linken“ in der SPD nicht besteht — genau so wenig wie ein Unterschied zwischen den Rechten und „linken“ in der SPD zu bemerken ist, wenn man von der gefährlichsten Partei der „linken“ in dem Betragen der Brandler absteht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die „linken“ erst dann dem SPD-freien Charakter verlieren, indem sie den sozialdemokratischen Punkt über sich werfen. Warum lagern die Brandlerleute noch, diese Rolle zu übernehmen, der SPD beizutreten und die Front Marschieren?

Zwei neue Züpfelchen konnte der Bürgermeister „Zschachwitz“ von Zschachwitz in seine neue geistigen Arme schleppen. Beide, der jetzt „Eigentum“ zu verteidigen hat, und den Schon-immer-Rechten, Gröblich. Beide sind aus der AWO ausgeschlossen worden, weil sie den revolutionären Kurs der Partei bei den Betriebsratswahlen ablehnen und gegen diesen zurecht geardet haben. Mehrere Sitzungen und Versammlungen bestätigten sich mit dieser Angelegenheit und gegen wenige Stimmen wurde der Ausschluß gegen beide und den Gemeinderatsparlamenten Gröblich bestätigt. Wir begrüßten den Bürgermeister „Zschachwitz“ zu seinem „Jumpe“. Was es doch derlei Gröblich, der in einer der letzten Gemeinderatsitzungen Schreiber als einen „politischen Aktivist“ hinstellte. Gröblich hat dies schon als bewusster Renegat und er muß ja wissen, wie weit er in der Verhöhnung seines Kremlen gegenüber zu gehen hat. Welche Brüder... Wir können heute der AWO Zschachwitz verzeihen, damit sie Gröblich wegen der Verhöhnung, die er ihnen angedeihen ließ, nicht zu hart vornehmen — daß er schon immer einer der „linken“ war. Auch er war der Meinung, genau wie die Paul Gröblich, Brandler, Walcher und Schreiber

und was sich um sie gruppiert, daß der politische Kampf gegen die AWO unter der Devise der parlamentarischen Beibehaltung auf der gemeinsamen Frontlinie geführt werden muß. Gröblich konnte auch während des Gemeinderatswahlkampfes nie einsehen, daß der Kampf gegen die SPD als härteste Art der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse und deren Anhängel, die AWO, politisch geführt werden muß.

Für Gröblich war dieser Kampf ein persönlicher Streit zwischen Gröblich und Schreiber. Dies hatte schon heftige politische Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gegeben. Die Partei hätte eine große Teil ihrer Wähler ein. Die frühere untere Arbeit konnte die AWO ernten. Der kämpfende Gröblich war der, diese Verhältnisse geschickt auszunutzen. Gröblich hatte den Schreiber, den sie erst nach intensiver politischer Selbstbildung und Arbeit unter den Zschachwitzer Arbeitern ausmerzen wird. Zu weiteren politischen Auseinandersetzungen kam es, als sich Gröblich hinter dem Rücken der Mitgliedschaft in Teufelsmühle mit Schreiber einließ, in der Beziehung der Posten im Gemeinderat und in den Ausschüssen. Nach heftigen Auseinandersetzungen hatte er keine Fehler zuzugestehen, mit bombastischen Erklärungen festgestellt, daß die Brandleristen eben nichts weiter sind als Sozialdemokraten, und ihnen den härtesten Kampf angelegt. Die Auswirkungen dieses Kampfes zeigten sich bei der Diskussion über die Frage zu den Betriebsratswahlen. Wir den gleichen Argumenten wie die Rechten hat Gröblich die Stellung gegen die Partei bezogen. Er sah wie wir, nur Reichsschlüge, die wir dort erlitten, was wir von der Partei der Partei abwenden, weil sich dort ähnliche Einstellungen und politische Schwächen zeigten wie bei Gröblich, er sieht aber nicht die ungeheuren Erfolge überall dort, wo auf der Seite der Partei ohne Schwankungen und Hemmungen gegen die Rechten gearbeitet wurde. Gröblich war von jeder ein sich selbst verhörender Brandleristen, weil er die Führung bei den Brandleristen Schreiber nicht abspenstig machen konnte. Die kommunistische Partei hat Gröblich und Wilde dahin geführt, wo sie gehören, ins gegenwärtige Lager der Arbeiterklasse. Sie hat gefunden, daß politische Kräfte zu politischen Kräfte gehören.

Die Zschachwitzer Arbeiter werden am Donnerstag dem 17. April in einer öffentlichen Versammlung im Gasthof Zschachwitz darüber urteilen, ob das Vorgehen der AWO-Disziplin Zschachwitz richtig ist.

# Rote Maikomitees

## zur Mobilisierungsarbeit für den politischen Massenstreik

sind sofort in allen Betrieben, Massenorganisationen und Gewerkschaften als Organe der revol. Einheitsfront zu bilden



Am Sonntag 7 Uhr...

(Arbeiterkorrespondenz)

Du gehst am Sonntagmorgen in aller Frühe durch die fast menschenleeren Straßen. Plötzlich kreuzt eine merkwürdige Schiekbudenfigur deinen Weg: Ein junger Kasse mit Watschuppengesicht, feldgrau angetan (Anzug in Jünglingsgröße) und „feldmarschmäßig“ ausgerüstet. An der nächsten Haltestelle steht gleich ein ganzer Schwarm dieser nachgemachten teutschen Helden. Und alle kommen sich äußerst wichtig vor. Der hochgeschlossene Kragen gibt ihnen 100prozentiges militärisches Bewußtsein. Trotzdem aber bilden die blauen Gummistiefel nicht Klüger und werden die schmalen Brüstchen nicht breiter.

Kaum ist die Feldenschar dem Bild entschwunden, da zieht ein Häuflein Nazis vorüber, anmahnd und frech, würdig ihrer Parole, die in großen Buchstaben von der nächsten Plafarfüße schreit: „Wehrt Euch gegen Rot Nord!“

Vielleicht gehst du dann heraus aus der Stadt nach der Heide und denkst, du bist die Begegnungen mit den nationalen Helden los, da fällt der Bild abermals auf Bürgerkrieg übende Faschistenbanden, die sich auf den Hängen im Jaggenwinken üben und es dir noch einmal einblenden:

Wir sind schon wieder weit gekommen in der Vorbereitung des Arbeitermordes und der faschistischen Diktatur. Wie lange noch sollen wir Proleten zusehen, wie die faschistischen Banden uns auf der Nase herumtanzen?!

Brandstiftung in Laubegast

Am Sonnabend gegen 21 Uhr fand wieder, wie die bürgerliche Presse meldet, ein Alarm der Feuerwehr nach dem Stadtteil Laubegast statt, wo ein Brand in einem auch als Geflügelstall benutzten Holzhaus einer Gartenkolonie an der Salsburger Straße ausgebrochen war. Die rechtzeitig alarmierte Feuerwehr vermochte den Brand, bevor größerer Schaden entstanden war, rasch zu unterdrücken. Die Annahme, daß es sich bei diesem Anzeichen, innerhalb kürzester Zeit im Stadtteil Laubegast ausgebrochenen Brande wieder um Brandstiftung handelt, wird noch durch einen eigenartigen, zur selben Zeit begangenen Fahrraddiebstahl verstärkt. In einigen hundert Metern Entfernung von der Brandstelle befindet sich eine Gastwirtschaft, vor deren Tür ein durch Kette und Schloß gesichertes Fahrrad stand, das ebenfalls um diese Zeit gestohlen wurde. Das vermehrte Fahrrad fand sich in unverändertem Zustande an der Brandstelle vor; es war vom Dieb dorthin getragen worden.

Schweres Motorradunfall

In der Nacht zum Sonnabend stießen am Schmübergang Königsbruder Straße, Flughafen, zwei Kraftfahrer zusammen. Die beiden Fahrer und der Sozius des einen wurden verletzt. Zwei der Verunfallten wurden ins Krankenhaus gebracht, wobei sie hielten Arm- und Beinbrüche und innere Verletzungen davongetragen.

Nichts für erwerbslose Proleten!

Am Sonntag ist, wie der bürgerliche Schmod ausführlich berichtet, in Köpchenbrade der erste Spargel an den Sonnenleuten gezeichnet worden. In den vergangenen Jahren war der früheste Termin der 25. April. In diesem Jahre sind bereits vor etwa 14 Tagen die ersten Ruppen sichtbar geworden, und nach der Aufstellung der Dämme konnte nun bereits geerntet werden. Die Erwerbslosen dürften sich diese, für die Bourgeoisie bestimmte Delikatesse kaum leisten können.

Heute findet keine Stadtverordnetenversammlung statt.

„Berantwortung auf der Brust“

Die Werkzeuge der Jörgiebel und Kühn scheuen jede Kontrolle

In der Nummer 12 der kommunistischen Zeitschrift „Grüner Post“ beschäftigt sich der Parteimitglied Thomas Trimm auch mit der Nummerierung der republikanischen Polizei, die von verschiedener Seite gefordert wurde. In einem Artikel, den er überschreibt mit: „Berantwortung auf der Brust“, tritt er für die Nummerierung der gesamten republikanischen Polizei ein. Er hat damit in ein Weisheitswort gesprochen. Derjenige Teil der Schutzpolizisten, der der Verletzung der Offiziere gegen die Klassenbewußte Arbeiterklasse entgegen ist, führt sich jetzt in seiner Polizeizehre getroffen. Der durch die Jörgiebel und Kühn und die Polizei verplante Geist, wie er sich in den Mitteilungen des vergangenen Jahres in den Proletariatsvierteln Berlins und neuerdings in den Tagen zwischen dem 6. bis 13. März ausstobte, häuft sich auf, und so haben denn einige der Werkzeuge Jörgiebels der Redaktion der „Grünen Post“ ein Schreiben übermittelt, das die „Grüne Post“ in ihrer Ausgabe Nr. 13, Jahrgang 1930, veröffentlicht. Hier ist das Schreiben:

Tanz ums goldne Kalb vorm Arbeitsgericht

Giesemann holt sich zübel gezahlten Vorschuß zurück

Seines großen Talentes wegen ließ sich ein bürgerlicher junger Mann in Sophiens Hagendamm Dresden als Schriftsteller nieder. War es die Ueberfütterung des laien Bürgers mit Lektüre oder war es seine geistige Trägheit, wir wissen es nicht, wir wissen nur eins, nämlich: daß der Schriftsteller Stredker, wie so viele andere Proletarier des Geistes nicht laß zu sein hatte. Verhungen wollte er aber nicht als Schriftsteller, und so nahm er eine Stellung als Provisionstreibender beim Giesemann-Berlag in Dresden an. Über vom hohen Vergütung sah er die Niederungen des grauen Alltags

doch etwas zu rosig an. Arbeit auf Provision! Für die meisten Proletarier der Anfang des Weges in die „Vendition des Staates“. Stredker mußte diesen Weg zu vermeiden. Da er keine Aufträge erzielen konnte, fröhlich aber leben mußte, ließ er sich Vorschuß geben. Aber die Spanne zwischen Vorschuß und dem, was er für seine Tätigkeit zu erhalten hatte, wurde immer größer. So konnte das Leben nicht weitergehen. Stredker verlangte von seinem „Kostherren“, dem Inhaber des Berlags Giesemann, ein festes Gehalt. Dies wurde ihm verweigert.

Wie konnte auch ein Unternehmer anders antworten? Der dem Arbeitsgericht klagte der Provisionstreibende und Schriftsteller in der darauf auf Zahlung von 4800 Mark (ein Jahr Gehalt). Es gibt aber keinen Satz für Schriftsteller als Provisionstreibende. Dem Kläger war dies nur. Mit dem inneren halb des kapitalistischen Systems mehr als naturnotwendig: „Wer

„Linker“ Betrug:

Der „Aprilscherz“ der Dresdner Volkszeitung

— eine Argumentation im Interesse der Sozialreaktion

In die Knochen gefahren ist der „Dresdner Volkszeitung“ unser Artikel „Der Aprilscherz“ eines Vertrauensarztes, in dem wir die erbärmliche Handlungsweise eines Arztes Dr. Harten in ein anprangerndes, der einen Kranken am Frühmorgens erwerbsunfähig schick, weil er krank und als Privatpatient zu ihm kam, demselben Kranken aber für gesund befand, als er als Ortskrankenkassenmitglied zur vertrauensärztlichen Untersuchung sich bei ihm einfindet. Die Volkszeitung antwortet — und das äußerst „gerechtfertigt“ — in ihrer Ausgabe am vergangenen Freitag, muß zunächst freilich heuchlerisch das über die „vertrauensärztliche Tätigkeit“ Dr. Hartens von uns Gelegte als richtig unterstellen, verliert aber eine vollständig danebengehende Ehrenrettung des sozialdemokratischen Krankentassenvorstandes Kirchhof. Der Versuch einer Ehrenrettung ist verständlich, nur sollte es die Volkszeitung etwas geschickter anstellen, dem ramponierten Ansehen dieses Sozialreaktionärs und „Linken“ Profiteurs unter den Krankentassenmitgliedern wieder auf die Beine zu helfen. Die Volkszeitung macht uns den Vorwurf, daß wir

„diese Angelegenheit aufgegriffen hätten und versucht, mit den üblichen Anwürfen die SPD bzw. den „Genossen“ Kirchhof zu verdammen. Das sei völlig abwegig. Es spreche der Volksgemäß nicht zu, in der ganzen Angelegenheit den untersuchenden Arzt zu verteidigen. Das sei dessen Sache. Es handle sich aber darum, den Vorfall richtigzustellen, weil die Arbeiterstimme insofern eine deutliche Absicht verfolgte, als der Artikel der Arbeiterstimme in einem Sonderdruck als Flugblatt verbreitet werde, das am Schluß einen Vorschlag für die Arbeiterstimme und eine Beitrittserklärung zur kommunistischen Partei enthalte. Die Angelegenheit solle also zu der aufsehenerregendsten Agitation und Propaganda ausgenutzt werden.“

Tatsächlich! Die Volkszeitung hat recht! Sie trifft den Nagel auf den Kopf! Aber sie glaubt, daß ihre Leser nicht merken, daß die Herren, die diese Feststellungen machen, sich selbst und dem, was sie nach vor wenigen Tagen geschrieben haben, ins Gesicht schlagen. Die Volkszeitung nimmt es uns hoffentlich nicht für übel, wenn wir ihrem Gedächtnis ein

wenig nachhelfen, indem wir zitieren, „wie sie in Sozialpolitik macht“:

„Wir wissen, daß vertrauensärztliche Untersuchungen manchmal auch Färsen in sich bergen. Wie wenig aber gerade dieser Fall zu einer solchen Weise geeignet ist, ergibt sich daraus, daß das betreffende Ortskrankenkassenmitglied doch noch das Krankenhaus aufsucht hat, wobei nach zweitägiger Beobachtung vom leitenden Krankenhausarzt dem Patienten bescheinigt worden ist, daß er tatsächlich arbeitsfähig sei und außer einer kurzfristigen ambulanten physikalischen Nachbehandlung mit Massage nicht einmal mehr ärztlicher Behandlung bedürfte. Das ist die tatsächliche Darstellung des Falles, die von der kommunistischen Presse in so üblicher Weise ausgenutzt wird. Diese Methode richtet sich selbst.“

(Dresdner Volkszeitung vom 11. April 1930)

Sowohl in den verschiedenen Bezirkskonferenzen wie auch auf dem letzten Samstag Zentralverbandes der Arbeitlosen und Witwen Deutschlands, Gau Sachsen, wurde die Frage der ärztlichen Gutachten des längeren und breiteren erörtert. Aus den vielen Fällen sei nur ein Gutachten er wähnt, wo ein Sanitätsrat einem allen gebrochenen Mütterchen von 82 Jahren attestiert, daß es an Kettfluß leidet. Dies spricht doch dem armen Betroffenen hoch. ... Hierorts sollen diese Kuriositäten gesammelt, der Zentrale zugeführt und diese nach Sichtung des Materials veröffentlicht werden, und zwar mit genauer Angabe der Adressen. Wenn planmäßig diese Arbeit geleistet würde die Öffentlichkeit sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, und den Schillingen der medizinischen Wissenschaft ihr Handwerk geleistet. (Dresdner Volkszeitung vom 3. April 1930)

Diese Drehscheibenpolitik der Volkszeitung spricht nicht nur dem gebundenen Verband Hochn! „Kuriositäten“ ärztlicher Kunst am Proletariat; sollen also nur dann veröffentlicht werden, wenn die unmittelbar Verantwortlichen nicht, wie in diesem Falle, Sozialdemokraten“ sind! Liebe Volkszeitung — der „Aprilscherz“ können wir allerdings nicht unwillig sprechen lassen.

Schuld trägt Unternehmerprofitsucht!

Arbeiter über den Rädnißer Betriebsmord

Arbeiterblut klagt die Knochenmühle Waag & Freytag an

Dresden, den 11. April 1930.

In unserer Sonnabendausgabe meldeten wir bereits das furchtbare Unglück, das als Folge kapitalistischer Profitgier bis dahin ein Arbeiterleben gefordert und einigen Arbeitern schwere Verletzungen gebracht hatte. Die bürgerliche Presse deckt das Verbrechen natürlich offen. Der Dresdner Anzeiger findet z. B. gerade den Punkt, der die Schuld der Unternehmungsfirma Waag u. Freytag in ihrer ganzen Bucht offenbar werden läßt, „unverständlich“. Er schreibt:

„Unverständlich bei dem Unfall ist nur, warum das Kabel konstant an der Maschine angebracht war und nicht mit einem Steckkontakt, der jederzeit beim Transportieren der Maschine hätte befestigt werden können.“

Noch erbärmlicher mutet die Stellungnahme der „Dresdner Nachrichten“ an. Es ist ganz klar, daß die großen kapitalistischen Zeitungen, die über einen besonderen Berichtstatterstab verfügen, sich noch am Tage des Unglücksfalles genau über die Ursachen informieren konnten und informiert haben. Die deutschnationalen „Dresdner Nachrichten“ ergeben sich, um das Verbrechen zu decken, aber nur in „Bermutungen“. Sie lassen ihren Lesern aus bezweifellichen Gründen folgenden Ratschlag:

„Wie wir weiter erfahren ist das Unglück vermutlich dadurch geschehen, daß eine stromführende Kabelader sich gelöst hat und mit dem Eisengestell des Förderbandes in Berührung gekommen ist.“

Ganz anders ist die Auffassung der Arbeiter der Belegschaft dieses Hauses selbst. Unserem H.N.-Arbeiterkorrespondenten, der am Sonnabend Gelegenheit nahm, verschiedene Arbeiter über die Ursache des Unglücks und wer die Schuld trage, zu befragen, schilderten sie die Dinge so:

„Das Unglück beim Hochbehälterbau in Rädniß, der von der Firma Waag u. Freytag als Rotstahlarbeit ausgeführt wird, ist hervorgerufen worden durch grobe Fahrlässigkeit der Betriebsleitung. Der Transport des Förderbandes wurde von ungefähr 15 Arbeitern unter Leitung des Poliers Kunze ausgeführt. Eine schlecht isolierte Stelle des Leitungskabels kam mit den Eisenteilen des Förderbandes in Berührung und verursachte Kurzschluß. Infolge dessen in der bürgerlichen Presse genannten Toten und Verletzten tragen auch die anderen, mit am Transport Beteiligten mehr oder weniger schwere Verletzungen davon, außerdem verlor im Moment des Unfalles eine ganze Anzahl das Bewußtsein. Wir Arbeiter betrachten es als grobe Fahrlässigkeit der Betriebsleitung, wenn sie uns das Förderband unter Strom transportieren läßt. Es wäre verdammt Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß der Strom durch Abnahme des Anschließkabels unterbrochen wird, solange wir dabei beschäf-

tigt sind. Aber das hätte Zeit gekostet, Zeit ist jedoch für den profitgierigen Unternehmer Geld. Da können lieber ein paar Proleten verrecken. Eben aus Profitgründen wurde es unterlassen, den an die Maschine versträubten Kabelanschluß zu entfernen, das die Wegnahme des Stromes aus der Überleitung bedingt hätte. Erst nach dem Unfall stellte Polier Kunze dann freilich fest, daß das Leitungskabel einige defekte Stellen habe. Bei der bestehenden Lebensgefahr für die Arbeiter, die das Förderband zu transportieren hatten, war es selbstverständliche Pflicht des Poliers, sich vorher zu überzeugen, daß eine Gefahr besteht, die es verlangt, den Strom wegzunehmen. Für das Schuldbumstreiben dieses Mannes zeugt, daß nach Feststellung des Defektes sofort der Maschinenmeister die nicht einwandfreien Stellen des Kabels entfernen beziehungsweise isolieren mußte.“

Ein Prozeß gegen die „Rote Loge“!

Wir wollen es vorläufig bei diesen Ausführungen der Arbeiter belassen. Wir haben keine Illusionen, denn wenn sich gleich ein Staatsanwalt findet, der die verantwortlichen Profitgierigen vor den Schranken des Gerichts zur Rechenschaft zieht: Durch sein Urteil des bürgerlichen Gerichts wird die Profitgier des kapitalistischen Systems bekräftigt. Erst durch den revolutionären Sturz dieses Systems, durch solchen Arbeitermord nur charakterisiert wird, werden diese „Betriebsunfälle“ beseitigt. Mögen die Arbeiter auch hier erkennen, daß sie nur dann erfolgreich gegen Arbeitermord kämpfen, wenn sie sich zum Sturz des Bordsystems in der KPD organisieren!

Die Pulsader zerschneiden. Am Sonntag war auf der Konienstraße ein Dienstmädchen mit dem Fuhrer von Scheiben beschäftigt. Bei dieser Arbeit fiel sie in eine Glasfuge und schlug sich das Pulsader. Sie mußte ins Friedrichshäger Krankenhaus gebracht werden.

„Berantwortung auf der Brust“ — ist geradezu eine Herausforderung der Polizeibeamten (!). Wir werden uns Ihre Einstellung recht gut merken, vielleicht kommt wieder einmal eine Zeit, wo das Urteilstenhaus vor dem Kommunisten-Gesindel (!!) zu schlingen ist, das kann dann Herr Thomas Trimm besorgen, wir werden wissen, wie wir uns einzustellen haben. Mehrere Polizeibeamte.

Man braucht diesem Bekenntnis schöner Polizeibeamten nichts hinzuzufügen. So müssen die Leute aussehen, wie sie Jörgiebel und Kühn auf das Proletariat losziehen. Von diesem Holze müssen diejenigen geschulzt sein, die wahllos alles, was ihnen vor den Karabiner, Pistole und Gummiknüppel kommt, niedermachen. Und was macht gegenüber dieser schamlosen Erklärung die bürgerliche Presse, die Presse des Sozialfaschismus? Nimmt sie Stellung dagegen? Natürlich nicht! Sie schweigt verlogen und sie deckt damit erneut die Verbrechen, deren Opfer unschuldige Proletarier wurden.

arbeitet, soll auch verdienen“ begründete er seinen Anspruch. Das Gericht war anderer Meinung. Im Namen des Volkes: Die Klage wird abgewiesen. Jetzt fand aber Herr Giesemann, der „Geß“ des reisenden Schriftstellers, Gefallen an der Spruchpraxis der Arbeitsgerichte. Er drehte den Spiel um und klagte auf Rückzahlung angeblich zurück bezahlter Provision in Höhe von 2100 Mark. Drei Stunden wurde hierüber verhandelt. Dann rief das Gericht zum Verzeich.

Giesemann sollte mit „nur“ 500 Mark Rückzahlung zufrieden sein, Giesemann war platt. Er könne dies „weder rechtlich noch wirtschaftlich begründen“. Fast drückte ihm der Vorsitz des Arbeitsrichters das Herz ab. Stredker war unverständlicherweise zur Rückzahlung dieser Summe bereit, „wenn er dazu in der Lage sei“ (Bürgerliche Schriftsteller sind immer Optimisten). Trotzdem kam es zu keinem Verzeich. Giesemann weiß ja, daß das Gericht „unparteiisch“ ist. Darum verlangte er ein Urteil.

Und so wurde der Provisionstreibende Stredker verurteilt, an seinen „Brotbrüder“ 670 Mark zurückzugeben. In der Urteilsbegründung“ erklärte der Vorsitzende, daß Provisionen nicht zurückzahlen sind, wenn sie der Empfänger bereits bezogen hat. Die 670 Mark waren aber eine Schuld an die Dehoma, die Giesemann übernommen hatte, darum sei Stredker zu verurteilen gewesen. Was auch ein Grund für ein merkwürdiges Urteil ist...



# Sowjetmacht überwindet Arbeitslosigkeit

## Fünfjahrplan und sozialistischer Aufbau — Siebenstundentag und Viertagewoche

Es gibt kein Land in der kapitalistischen Welt, in dem nicht ein Millionen von Arbeitslosen besteht, wo nicht die Erwerbslosenziffer einen selbst in den bisherigen Höhen der Niedergangperiode des Kapitalismus in der Nachkriegszeit beispiellos hohen, einen „Rekordstand“ erreicht hat. 20 Millionen Arbeitslose und zusammen mit ihren Angehörigen rund 60 Millionen Menschen sind dem Hunger und der Verelendung preisgegeben. Dies ist das Fazit der vielgerühmten „Stabilisierung“ des Kapitalismus, die die werktätigen Massen „neuen herrlichen Zeiten“ entgegenführen sollte.

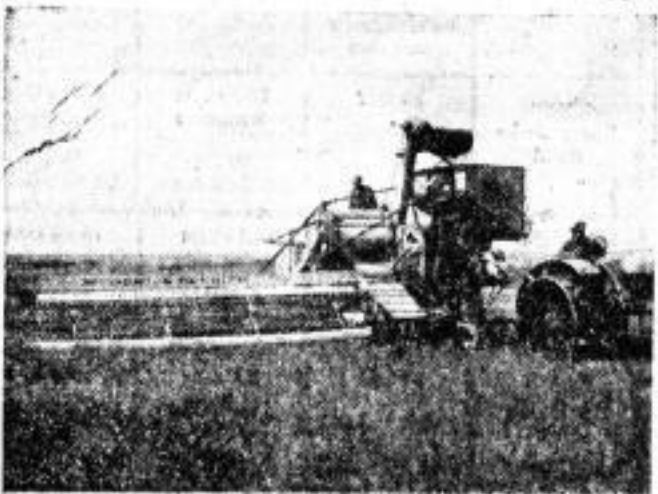
### Arbeitslosigkeit und Weltkrise

Die Arbeitslosigkeit ist eine Welterscheinung. Ihre Ursachen sind nicht nur in der gegenwärtigen Krise enthalten, die ihren Anstoß durch den Zusammenbruch der als unerschütterlich getriebenen „Prospektion“ in den Vereinigten Staaten erhielt, ihre Wurzeln sind in der Struktur des Kapitalismus und in der Krise seines Systems im allgemeinen zu suchen. Die Kapitalisten „söhnen ihre Lohnarbeiter nicht mehr erwärmen“. Immer neue Arbeitermassen werden aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen. Selbst die bürgerliche Presse meint zaghaft, wir gingen harten Zeiten entgegen, ein Abblauen der Krise, eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wäre vor 1931 oder sogar 1934 nicht möglich.

Ein Bild auf die Lage in den wichtigsten Ländern zeigt folgendes Bild. Nach den Angaben vom Ende dieses Jahres betrug die Arbeitslosigkeit (runde Ziffern) in den Vereinigten Staaten 6 Millionen, Deutschland 3,5 Millionen, England 2 Millionen, Japan 1 Million, Südamerika 1 Million, Italien 800 000 ufm.

### Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion

Nur an den Grenzen eines Landes macht die schleichende Krise halt. Nur in dem Lande des sozialistischen Aufbaus, in der Sowjetunion, können als Begleiterscheinung eines ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwunges, der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft auf sozialistischen Grundlagen nicht nur eine beträchtliche Abnahme der Arbeitslosigkeit, sondern auch eine wesentliche Änderung in ihrem Charakter, besonders in der letzten Zeit, festzustellen werden. Während in den kapitalistischen Ländern eine chronische „strukturelle“ Arbeitslosigkeit



Kombi auf den Feldern des Sowjetgutes „Gigant“

herrscht, hängt die Erwerbslosigkeit in der Sowjetunion, die in den ersten Jahren der neuen Wirtschaftspolitik zunahm, mit der systematischen Entwicklung der Industrie, Landwirtschaft und des Transportwesens und vor allem mit der ständigen zahlenmäßigen Zunahme der Arbeiterkräfte zusammen. Sie ist dort eine Wachstumskrise.

In den kapitalistischen Ländern erfolgt mit dem Wachsen der Arbeitslosigkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau und Senkung des Lebensstandards der Arbeiter. In Deutschland gehört der Achtstundentag längst der Vergangenheit an. Nicht nur die erwachsenen Arbeiter, sondern auch die Jugendlichen schuften in Deutschland täglich zehn Stunden. In den anderen Ländern dauert der Arbeitstag noch länger. In der Sowjetunion dagegen wird der Siebenstundentag, der heute schon

für eine Million Arbeiter gilt, wird die Viertagewoche eingeführt.

Während in dem kapitalistischen Europa, in Amerika und Asien die „wirtschaftliche Reservearmee“ überwiegend aus Stammarbeitern besteht, setzt sich in der Sowjetunion die Hauptmasse der Arbeitslosen aus Personen zusammen, die früher überhaupt nicht in Lohnarbeit standen, ferner aus Saison- und Gelegenheitsarbeitern und früheren Sowjetangehörigen. Die eigentlichen Industriearbeiter bilden einen verschwindenden Teil, etwa 15 Prozent der Arbeitslosen. Unter den erwerbslosen Industriearbeitern fehlen die gelehrten Kräfte fast vollständig.

### Gewaltiges Wachstum der Industriearbeiterschaft

Am 1. Mai 1929 waren auf den Arbeitsnachweisen der Sowjetunion 1,7 Millionen Arbeitslose eingetragen (bei einer Gesamtbevölkerung von rund 150 Millionen). Am 1. Februar 1930 waren es nur noch 1,2 Millionen, von denen die 100 000 Angehörigen verschiedener Arbeitermerkschaften, die zur Erleichterung der Lage der vorläufig noch vorhandenen Arbeitslosen organisiert werden, abgezogen sind.

Demerkschaftswert ist nicht nur die Abnahme um 500 000 oder um 30 Prozent, sondern auch die Tatsache, daß in der Periode der Verringerung der Arbeitslosigkeit die drei Wintermonate fallen, in denen sich die Zahl der auf den Nachweisen eingetragenen Arbeitslosen durch den Zustrom aus den Dörfern um 100 000 Personen erhöhte. Gegenüber dieser Abnahme in der sogenannten „toten“ Saison (in der Sowjetunion können im Winter z. B. keine Bauten aufgeführt werden) ist in den kapitalistischen Ländern auch jetzt, in den Frühjahrsmonaten, keine Fehlbildung eingetreten. So bleibt in Deutschland die Zahl der Erwerbslosen nach wie vor im wesentlichen unverändert.

Ein wichtiges Merkmal der Veränderungen der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion ist die erwähnte relative und absolut niedrige Zahl der Industriearbeiter und die Verringerung sogar der Arbeitslosen in der Gruppe der Sowjet- und Handelsangehörigen. Am 1. Januar 1929 entfielen auf die Industrie-Gruppe 230 000 und auf die Gruppe der Sowjet- und Handelsangehörigen 314 000 Arbeitslose, am 1. Januar des laufenden Jahres 187 000 bzw. 171 000.

Nach augenfälliger ist die zahlenmäßige Zunahme der Arbeiter in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Gegenüber einem Stand von 10,2 Millionen Beschäftigten im Dezember 1928 betrug ihre Zahl im Dezember 1929 bereits 11 475 000. Dabei ist die Zahl der Arbeiter in der planwirtschaftlich erfassten Großindustrie von 2 775 000 auf 3 631 000 gewachsen und hat damit das Vorkriegsniveau weit überschritten. Die sozialistische Rekonstruktion, das an sich schon beispiellos rasche und jetzt noch mehr beschleunigte Tempo der Industrialisierung, die Massenfaktisierung der Bauwirtschaft und das umfassende Programm des industriellen Bauwesens schufen die Voraussetzungen nicht nur für eine wesentlich raschere Abnahme der Arbeitslosigkeit, sondern auch für ihre vollständige Überwindung in absehbarer Zeit.

Nach offiziellen Berechnungen ergibt sich aus der Entwicklung der Industrie, des Transportwesens und Handels, der Mechanisierung und Traktorisierung der Landwirtschaft bereits in diesem Jahr eine Nachfrage nach fast 800 000 gelehrten Arbeiterkräften. Der Bedarf an technischen Kräften, an Agronomen, Ingenieuren, geschulten Organisations- und Rekonstruktionsarbeitern ist ungeheuer gewachsen. Noch mehr ist die Nachfrage im Bauwesen, in der Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Torfgewinnung, im Fischereiwesen usw. gestiegen, von rund 5 Millionen im Jahre 1929 auf gegenwärtig 7 Millionen. Besonders zu betonen ist der ausgeprägte Mangel an gelehrten Arbeiterkräften in der Metallindustrie, in der Textilindustrie und im Bergbau. Allein im Bergbau wird der Mangel an gelehrten Kräften im laufenden Jahr mit 300 000 berechnet.

### Erwerbslosenfürsorge in der Sowjetunion

Soweit über der proletarische Staat noch eine gewisse Zeit mit der Arbeitslosigkeit rechnen muß, bringt er neben den gewaltigen Kapitalinvestitionen in alle Zweige der Volkswirtschaft ungeheure Summen zur unmittelbaren Unterstützung der Arbeitslosen auf. Während in der ganzen kapitalistischen Welt mit Verschärfung der Wirtschaftslage, der Krise, die Arbeitslosenfürsorge mit sozialdemokratischer Hilfe abgebaut, die Zahl der Unterstützten systematisch eingeschränkt wird — so hat man z. B. in Deutschland 1,3 Millionen Arbeitslose von der Unterstützung ausgeschaltet, — erhöht sich in der Sowjetunion nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der für die Arbeitslosenfürsorge bestimmte Betrag von Jahr zu Jahr. So wurden von 1921 bis 1930 folgende Beträge bereitgestellt: 22,35 Millionen, 44 Millionen, 60 Millionen,

83 Millionen, 120 Millionen, 152 Millionen und 135 Millionen. Der 1930 gegenüber 1929 verringerte Betrag ist auf die Abnahme der Erwerbslosenzahl um 500 000 zurückzuführen.



Landwirtschaftliche Arbeiter bei der Produktionsberatung

Nicht eingerechnet ist in diese Summe von zusammen 616 Millionen Rubel (rund 1300 Millionen Mark) die Unterstützung aus den Mitteln der Gewerkschaften. Die Hunderte Millionen betrag. Nicht berücksichtigt ist der fast vollständige Wietennachschuß, was in den kapitalistischen Ländern eine absolute unbekannte Erscheinung ist. Ein Arbeitsloser, der die Wiese nicht mehr aufbringen kann, wird, wie es zahlreiche Beispiele in Deutschland in der letzten Zeit lehren, erbärmlichlos ermordet.

Auch solche wesentliche Vermögensgegenstände wie verstaatlichte Eisenbahn- und andere Transportlinien sowie der Erwerbslose in der kapitalistischen Welt nicht. Diese kommen in der Sowjetunion solche die Lage der Arbeitslosen ganz bedeutend erleichternde Maßnahmen wie unentgeltliche Bereitstellung von Räumen und Werkzeugen für die Arbeitslosen erwerbslosen Organisationen, die in den letzten Jahren Hunderttausende Erwerbslose beschäftigt und ausgebildet.

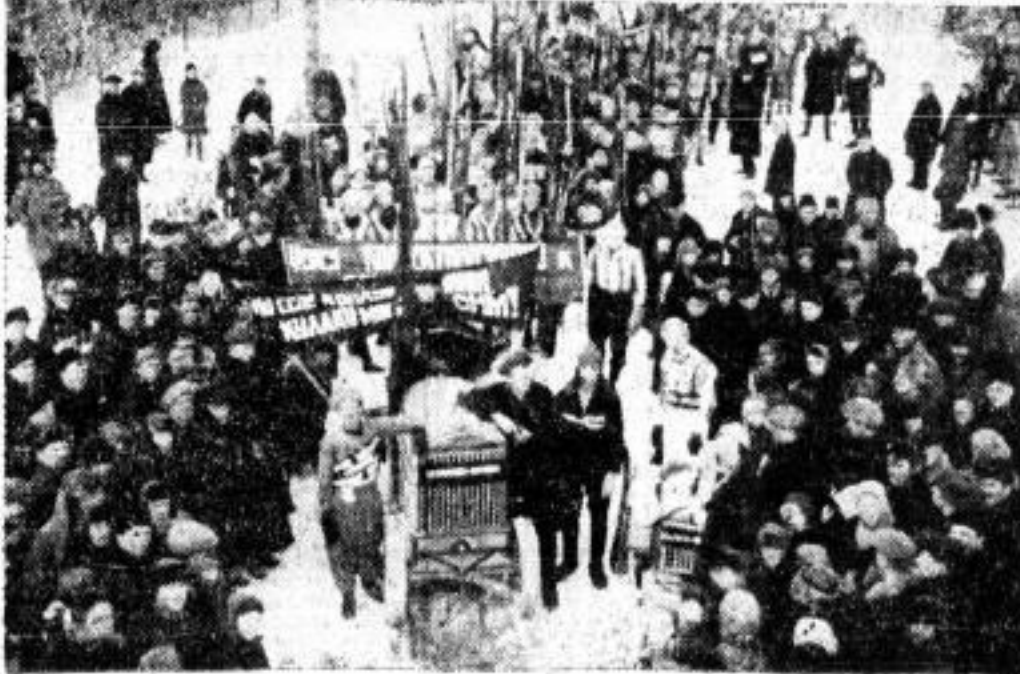
Die Sozialversicherung und Beschäftigung auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge in der Sowjetunion stellen Erwerbslosen dar, wie sie für die Arbeiterklasse nur durch den Sturz der Bourgeoisie erreichbar sind. In Europa und Amerika müssen sich die Arbeiter die Bettelstühle, deren sie für das nackte Dasein bedürfen, durch Demonstrationen erkämpfen, hauptsächlich mit ihrem Blut erkaufen.

### Die Heranbildung neuer Kader

Im Zusammenhang mit dem rasant wachsenden Bedarf an Arbeitskräften ist auf Befehl des Zentralkomitees der KPdSU, der 1929 für die Schulung gelehrter Arbeiterkräfte ausgeworfene Betrag von 20 Mill. Rubel auf rund 80 Mill. Rubel erhöht worden, ausschließlich der Mittel der Wirtschaftsorgane für denselben Zweck, die die vorgenannte Summe noch übersteigen. 1930 sollen 350 000 gelehrte Arbeiter ausgebildet werden, darunter 180 000 im Bergbau und 170 000 Metallarbeiter, Schlosser, Chauffeure, Traktorenfahrer usw. ufm.

Der Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus, die beispiellose Entwicklung der Industrie, die Verstaatlichung der Landwirtschaft, der unerschütterliche Wille der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der Kommunistischen Partei, im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft während der Sowjetunion schon für die nächste Zukunft die Perspektive, das auf ihrem Territorium die Frage der Arbeitslosigkeit endgültig von der Tagesordnung verschwinden wird.

## Bauernkundgebungen für Kollektivierung der Landwirtschaft









# Macdonalds Palästina-bericht

Von J. B. (Jerusalem)

Es hat über sieben Monate gedauert, bis die von der Regierung Macdonalds beauftragte Shaw-Kommission ihren Bericht über die Araber in Palästina und die Mittel, ihre Wiederholungen zu meistern, fertiggestellt hat.

Sogar von Seiten der italienischen faschistischen Presse mußte sich Macdonald den Vorwurf gefallen lassen, daß die Shaw-Kommission geschildert, zu imperialistischen Zwecken, eine Menge unwichtiger Details sammelte, unzuverlässige Zeugnisse anstelle, unwesentliche Dokumente bearbeitete — alles eben nur, um die Grundzüge der Ereignisse zu verschleiern und zu verwickeln. Der Bericht der Kommission wimmelt tatsächlich von überflüssigen Nebendingen, läßt sich in Untersuchungen ein, die gar nicht zur Sache gehören. Dafür aber wird ein Bild gemalt, in dem derjenige, der den Aufstand in Palästina miterlebt hat, ihn nie wieder erkennen konnte. Die sieben Monate sind zu intensiver Arbeit an diesem Werk ausgekostet worden; und all dies, um den zweifellos im voraus feststehenden Konsequenzen, die der Bericht zu ziehen hatte, die nötigen Voraussetzungen zu liefern.

Was sind die Folgerungen?

Erstens: Es gab keinen Aufstand gegen die Engländer in Palästina.

Zweitens: Die wilden Araber haben die friedlichen Juden überfallen und gemordet, wofür dann verschiedene von ihnen wieder von den Juden und von den britischen Expeditionstruppen niedergemacht wurden.

Drittens: Die britische Regierung hat in diesem Kampf der Rassen und Religionen ihr Möglichstes getan, um den Frieden wiederherzustellen; sie hatte nur zu wenig Truppen.

Viertens: Die Politik der britischen Regierung muß, damit die Araber nicht durch die Juden sich bedroht fühlen, ansehnlicher werden (besonders die Immigrations- und Kolonisationsfrage), wobei immerhin eine verstärkte militärische Leistung zu empfehlen ist.

Das heißt mit anderen Worten: Die arabische Bevölkerung ist blutdürstig, Juden und Araber schlachten sich gegenseitig ab, ein Segen fürs Land ist nur der englische Tommy, der alle wilden Instinkte im Jammern zu halten vermag.

Die Verlogenheit dieser Darstellung wird in ihrer Niederkunft nur von den Absichten, die weitere imperialistische Politik in Palästina noch intrigerischer zu gestalten als bisher, übertroffen. Die Rolle der britischen Regierung bei der Ausrichtung des religiösen Fanatismus wird verschwiegen; wenn man von Provisionen der Juden spricht, so wird behauptet, daß diese Provisionen nur deshalb erfolgen könnten, weil die britische Regierung durch die Balfour-Deklaration den Boden für sie vorbereitet, weil der innerlich total bankrotte Zionismus heute noch nur durch ihre politische Hilfe fortbestehen kann; die Erwähnung der arabischen Freiheitsbewegung, die vielen Demonstrationen unter der Losung „Aschik Tam“ (völlige Unabhängigkeit), die Forderungen gegen den Imperialismus, die Angriffe auf britische Regierungsgebäude die aufständischen Partisanenabteilungen — all das paßt nicht in die politische Konzeption eines Religionsfanatismus hinein, all nimmt die Kommission einfach nicht Notiz davon; aber damit ja nicht im England eine Verpflichtung entsteht, die jüdische Kolonisation in Palästina etwa ernsthaft zu unterstützen, jüdischen Immigranten etwas, nachdem man sie zum Sturz des gegen die Araber gebracht hat, auch ernsthaft anzusehen, — vor allem aber, um dem arabischen Aleris und der arabischen Sentimente, die zum Nationalreformismus übergegangen sind, Argumente für die jüdische Objektivität und Gerechtigkeit in die Hände zu spielen, wird von der Notwendigkeit gesprochen, die jüdische Immigration und Kolonisation genauer zu kontrollieren.

Damit hat die Shaw-Kommission ihrem Chef, dem Sozialimperialisten Macdonald das Schema geliefert, nach dem der strategische Blickpunkt am Steuer des Zionismus zu verorten ist: vor allem und nie zu vergessen, die Befreiung der militärischen Occupation, Polizei, Luftflotte, Militär, damit jeder Aufstand im Keim erstickt wird.

# Blaue Bohnen für demonstrierende Kriegstrüppel

Der Dank des Vaterlandes wie bei uns so auch in Rumänien

Bukarest, 12. April. Gestern fand hier ein Kongreß der rumänischen Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen statt, der Erhöhung der Renten und andere Verbesserungen forderte. Nach Schluß der Tagung sammelten sich 2000 Kriegsinvaliden zu einem Umzug durch die Stadt, um vor dem Schloß für ihre Forderungen zu demonstrieren. Die Behörden hatten die Demonstration verboten und ein starkes Militäraufgebot in den Hauptstraßen postiert. Die Kriegsinvaliden durchbrachen eine Postenkette, eröffneten mit Steinen und Holzstücken ein Bombardement gegen die mit dem Seitengewehr vorgeschrittenen Soldaten und besetzten die Hauptstraße. Die Geschäfte wurden geschlossen. Der Verkehr mußte umgeleitet werden.

Die Behörden versuchten nunmehr, die Demonstranten durch die Wasserpolizei der Feuerwehre zu vertreiben. Doch die Kriegsinvaliden legten sich mitten auf die Straße. Mehrere

Stände ergossen sich die Wasserstrahlen auf die Kriegstrüppel. Dann wurden verhärtete Militärabteilungen herangezogen, die mit dem Gewehr auf die durchdrängten Invaliden einhieben. Nach amtlichen Meldungen wurden 12 Demonstranten verwundet, von denen einer bereits seinen Verletzungen erlegen ist, und acht Soldaten verletzt. Von anderer Seite werden sogar drei Todesopfer gemeldet.

Die Polizei verhaftete mehrere Personen, in denen sie die Anführer der Demonstration vermutet. In der Stadt herrscht große Erregung über das brutale Vorgehen der Behörden gegen die Kriegstrüppel.

Polizeiaktion in Vitaua. Die litauische Polizei teilt mit, daß sie ein Büro der litauischen kommunistischen Partei aufgehoben, Propagandamaterial zum 1. Mai beschlagnahmt und sieben Genossen verhaftet hat.

# Kreditboykottpläne gegen die Sowjetunion

Verleumderische Gerüchte über „Zahlungsunfähigkeit“ der Sowjetregierung

Moskau, 10. April. (Telegr. Agentur der Sowjetunion.) Der Vorsitzende des Direktoriums der Staatsbank, Piatafow, dementierte in einem Interview die in einem Teile der Auslandspresse verbreiteten Gerüchte über angeblich zu befürchende Schwierigkeiten bei der Abdeckung der sowjetrussischen Auslandsverpflichtungen sowie über die Ausfuhr sowjetrussischer Güter. Piatafow erklärte: Der Zweck dieser verleumderischen Gerüchte ist vollkommen klar und verlangt keine besonderen Erläuterungen. Es gilt, die Kreditfähigkeit der Sowjetunion zu untergraben, obwohl wir unsere Verpflichtungen mit größter Pünktlichkeit erfüllen. Es ist noch nicht vorgekommen, daß die Sowjetunion irgendeine Verpflichtung nicht abgedeckt hat. Piatafow wies darauf hin, daß im ersten viermonatigen Zeitraum bis 20 Prozent aller Wechsel privater Räten regelmäßig umgedeckt wurden.

Piatafow fuhr fort: Im Januar, Februar und März dieses Jahres nahmen wir umfangreiche Einkäufe von Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen, Dünger und einigen

Sorten Saatgut usw. für die Frühjahrssaat vor, und zwar über den Rahmen des ordentlichen Einzahlungsplans hinaus. Da unser Ausfuhrerlös im Frühling, Sommer und Herbst noch weiter steigt, müssen wir die Zeit von Januar bis März nur in geringem Maße aus und können unsere Kassenbestände und unsere Zahlungen genau den Belastungslagen an. Wir hatten dabei im Auge, unsere Kassenbestände nicht nur in vollem Maße wieder herzustellen, sondern darüber hinaus bedeutend zu vergrößern.

Diese gewaltige Mehrereinfuhr über das vorgezeichnete Maß hinaus deckten wir, ebenso auch alle laufenden Verpflichtungen, die am 31. März in bedeutender Höhe vorlagen, ohne auch nur im geringsten zur Ausfuhr von Gold zu greifen, das im Zulande angekommen wird. Unser Finanzsystem und die strenge Regelung der Währung gibt uns die Möglichkeit, stets rechtzeitig mit größter Genauigkeit die Deckungsquellen unserer Auslandsverpflichtungen berechnen zu können.

Für uns ist dies selbstverständlich, aber für kluge Gelehrte, die den Mechanismus unseres Wirtschaftens immer noch nicht begreifen, ist diese Seite unserer Arbeit stets ein Buch mit sieben Siegeln. Daher wollen diese Leute, aufstrebende irgendwelche Schwierigkeiten in der Sowjetunion festzustellen, wenigstens die Ausgaben davon um jeden Preis erfinden und beginnen die Gerüchte über unsere angebliche Zahlungsunfähigkeit auszuweizen. Manche Organe der Auslandspresse benutzen es und schreiben direkt, wir seien zur Goldausfuhr gezwungen, obwohl wir solche weder beabsichtigen noch beabsichtigen. Zum Schluß erklärte Piatafow, auch in diesem Falle seien die Gerüchte, wie in vielen anderen Fällen, von Rigo. aus verbreitet worden.

# Tschangkaifche räumt Schantung und Honan

Schanghai, 12. April. Tschangkaifche hat die Regierungskontrollen angewiesen, Schantung mit Ausnahme des luhischen Bezirke und die ganze Provinz Honan zu räumen. Tschangkaifche erklärte, die Räumung der beiden Provinzen erfolge aus strategischen Gründen, die chinesische Regierung plane vorläufig keinen Angriff gegen Fung und Jenkschan. Die Führer des Nordens glauben, daß nur ein geringer Teil der Truppen Tschangkaifches zuverlässig ist und erwarten, daß die meisten abenteurerischen Generale sich der Vereinigung Jenkschan-Fengjuhsiang anschließen werden.



Copyright des Holo-Verlags, Wien-Vienna.

## 31. Fortsetzung

Am 27. September treten wir feierlich zum Appell an und nehmen vom ersten Hauptmann: ... Wir haben großen Geist. — Nur möglich durch eiserne Disziplin und Manneszucht. — Kein Opfer darf zu groß sein zur Verteidigung des Vaterlandes, der Heimat. — Jeder einzelne muß seine Pflicht tun. — Der Feind ist noch nicht vollständig niedergeworfen. — An anderen Fronten wird noch schwer gekämpft. — Armeekorps wird abgelöst werden. — Hoffe, daß ihr weiteren Ruhm an die deutsche Fahne heften werdet. — — — Stillgestanden!

Der Herr Hauptmann steigt vom Pferd und sieht durch die Front.

„Zum Heulen!“ — „Ausrückt euch!“

Der Herr Hauptmann bestiegt sein Pferd wieder. „Recht!“

„Recht!“ — „Recht!“ — „Recht!“ — „Recht!“

Als wir uns ein drittes Mal um unsere eigene Achse dreht, wird über das Kommando zu lang. Er deutet nur noch an: „A...“ — „A...“ — „A...“

Als die Bewegungen immer langsamer werden — nicht nur durch die physische Anstrengung; es hat alles seine Grenze, und der Hauptmann weiß das sehr wohl —, mußert er hoch zu Ross den Rest der schwühenden Frontsoldaten. Er ist schneidig auf seinem Gaul, ist glatt rasiert, gut genährt; seine gut sitzende Uniform ist prima. Seine Orden glänzen in der Sonne.

Am 28. September trete ich nicht mehr zum Appell mit an. Ich bin krank. Hinter der Scheune spreche ich mit August.

„Wann gehst du ins Revier?“ fragt August.

„Gleich nachher!“

„Werd' dich schon noch mal sehen, Morgen werden sie uns ja wohl noch nicht verladen?“

„Wer weiß?“

„Ja, wissen kann man gar nichts!“

„Na, wenn schon, leb' wohl, August!“

Ich reiche ihm die Hand hin.

Er schaut an mir hoch, nimmt die Weife aus dem Mund, mißt sich, als wolle er etwas essen, die Rechte ert am Hinterkopf ab und reicht sie mir wortlos und jögert, als wäre er gar nicht darauf gefaßt, daß wir voneinandergehen.

„Ved' wohl, Hans!“

Als ich zum Hof hinaus bin und noch einmal zu ihm hinüberlehe, sieht August Wende wieder auf der Bank. Sein Gesicht liegt in seinen hohlen Händen, die er auf die Knie stützt. Seine Miße liegt ihm vor den Füßen.

Ich kann mit gutem Gewissen zum Arzt gehen. Meine Güte sind angeschwollen wie die eines Wasserkrüchens. Ich bekomme Beiruhe und Heberweisung ins Lazarett. Wenn du Schmeiß hast, ist die Scheiße für dich zu Ende“, meint der Sanitäter.

August beugt mich. „Hans“, sagt er, „hoffentlich hast du Glück, grüß die Genossen. — Wir kommen nach Frankreich.“

Ich rufe den Sanitäter: Drei von den unteren auf einem Haupt: immerhin ein Ereignis. Der Arzt ist fort, wir haben Zeit. Paul — so heißt der Sanitäter — trinkt etwas Tee aus einer eisernen Kation Zwiebels.

„Was wird zuletzt doch zum Lumpen“, fährt August fort und sieht über die Kranken hin. Sie liegen hier wie Ausläufer in primitiv zusammengeschauenen „Betten“ in der elenden Baracke, in der es aufreizend nach Urin und Urin stinkt.

Pauls schwarze Haare fallen ihm lang über sein melancholisches Gesicht; er wird an seine Frau und sein kleines Mädchen denken. „Weißt du etwas Bestimmtes?“ fragt er.

„Ich weiß es, wir kommen nach Frankreich.“

Die ersten Blätter fallen schon, als ich über unser „erobertes“ Gebiet zurückfahre, vorbei an den Massengräbern und toten Pferden, über deren aufgetriebenen Leibern die Schweifstiegen zu Willkuren hängen.

Die anderen sind schon im Westen. Sie fahren beide durch Berlin, vorbei an Frau und Kind, hinein in das Herz der französischen Granaten.

## XII.

Ich kann nur mit Mühe gehen, d. h. die größte Mühe ist, vorzutouren, daß es ohne Stuhl überhaupt nicht geht. Der Oberarzt jedoch wittert den Simulanten, er wittert in jedem den Simulanten, nimmt mir den Stuhl weg und schmeißt: „Machen Sie sich nicht kranker als Sie sind, gehen Sie einmal ohne Stuhl auf und ab.“

Ich gehe, so gut ich „kann“. — Ich habe in den Antegelenken starke Schmerzen und kann die Knie nicht durchdrücken.

Er befehlt mir, den Fuß mit der Ferse auf den Stuhl zu legen, befehlt dem Sanitäter, mich festzuhalten und versucht mit aller Kraft mein Knie durchzudrücken. Ich schreie auf vor Schmerzen.

„Stellen Sie sich nicht so an!“

Ich verbitte mir eine derartige Behandlung und derartige Aufstellungen, Herr Oberarzt! Ich sage es ruhig, mit Ueberlegung, zu dem ausgesprochenen Zweck, statt ins „Feld“ ins Gefängnis abzubringen. Der Sanitätstagsrat traut verdammt zwischen keinen Falschen, die Schweitzer reißt vor lauter „Furcht“ den Mund auf, als wolle sie fliegen fangen. Der Herr Oberarzt steht da und schaut über sein Bauchpolster auf mich herab, als stünde der letzte einer ausgebeuteten Kasse vor ihm.

„Sind Sie verrückt geworden?“ Er brüllt das heraus ohne jede Ueberlegung, man merkt an seinen vor Wut zitternden Lippen, daß es ihm schon schwer fiel, diese geistreiche Frage zusammenzufasseln.

„Nein, Herr Oberarzt!“

„Kritikus!“

Weiter reicht es nicht. Ich mache Recht und gehe auf meine Stube. Ich bin etwas aufgeregt, aber sonst ausgefüllt von der Genugtuung, den Schinder richtig erwischt zu haben. Eventuelle Folgen haben bereits jeden Schrecken eingebüßt. Ich mache mich aber damit vertraut, daß zuminde einig Tage „Dicken“ abfallen werden. Aber nichts dergleichen folgt.

Eine Woche später bin ich als garnisonstüchtiger zum Ersatzbataillon entlassen.

(Fortsetzung folgt)



Dresden-A.

# Die trustfreie **CÄSAR** 5-Pf.-Zigarette

**Residenz-Büflet und Konditorei** Seestraße 7  
Filiale: Waisenhausstr. 18

**7% WI WOSA 7%**

Wir verkaufen an jedermann! (Ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung)  
**Lebensmittel und Fleischereiwaren**

**Drema A-G.**  
Milch- und Meiereiprodukte  
**Dresden**  
Sonstige Lebensmittel  
Würzburger Straße 9

**Leichschänke** zu **Caupa-Weißdorf**  
Ausflug- und Badereisaurant  
Erdmanns Platz 7 - Herrscher Hofbild auf dem Gelände  
des Prinz-Bernhard-Bades  
710g Schöberl

**Gertrud Seyfert**  
Annosstr. 19 / Schokoladen-Spezial-Geschäft  
Anerkannt größte Auswahl u. billigste Preise  
Der beliebte Thürmer-Kaffee hier erhältlich

**Rudolf Meyer**  
Wettinerstraße 12  
(Tivoli) - Uhren  
Goldwaren, Trau-  
ringe, Reparaturen  
0915



Hüte, Mützen, Herren-Artikel  
**Strabburger Hut-Bazar**

Wettiner-, Ecke Gr. Zwingstraße  
PREITAL I, Untere Dresdner Str. 98  
6415

**Brechelt & Co.**  
inkl. Carl Zickler  
Lindenustraße 18  
Eisenwaren - Köchengeräte  
7198

**Elektrische Anlagen**  
Reparaturen Radio  
**Rudolf Grötzsch**  
Lindenu-, Ecke Umlandstr. Tel. 43249  
7179

**Die beste Milch**  
für den Säugling, das größere Kind, zur Nahrung  
für Kranke und Erwachsene liefert Ihnen frei  
Haus in alle Stadtteile und nach auswärtig zur  
die altrenommierte Firma  
**Milchkuranstalt „Sanitas“**  
Tel. 43109 - Tel. 43107  
Besitzer: **M. F. Winkler**  
Dresden-A., Zwickauer Straße 76  
Das Haus für Säuglingsnahrung, Begehrteste  
Anerkennung am Anzeite- und Verbands-  
kongressen liegen ständig zur Einsicht aus. Fern-  
senden Sie Prospekte gratis. Höchste Auszeich-  
nungen für Kinder- und Karmelch International  
Hygiene-Ausstellung und sonstige hohe  
Auszeichnungen  
6417

**Lebensmittel-Mende**  
Freiberger Straße 6  
Billigste Bezugsquelle in Würstwaren  
6415

**Richter-Zigarren rauchen heißt Geld sparen und Besseres genießen!**  
**Johannes Richter**  
Dresden-O. 1  
Landhausstraße 8  
Filiale: Amalienstraße 9  
6403

**Gerd Baentsch**  
Am Schießhaus 17 / Telefon 29 488  
Anfertigung für alle Organisationen  
von **Propaganda**  
6406

**Huschhalle I**  
am Postplatz

**Huschhalle II**  
Pillnitzer Str. 4

Die bekannten Altdresdner in erster Qualität  
Dazu das köstliche **Waldschlößchen-Bier**

Verlangt überall **Waldschlößchen**

**Tischler- und Polster-Möbel**  
Niedrige Preise / Solide Waren / Große Auswahl in 5 Etagen / Stets wachsender Umsatz infolge persönlicher Empfehlung  
**Dresden-A. 1, Rosenstraße 45**  
(Nähe Ammonstraße)  
**Hesse**  
Ez. Werkstätten / Teilschling / Bei Bezahlung 10% Rabatt  
6364

**In jedes Haus SchokoladenvonClauß**  
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



**Trinkt morgens Tee**  
Marke „Teekanne“, Mischung „Lila“  
den Morgen  
Aber nicht so soll Teekanne „Lila“  
getrunken werden wie am Nach-  
mittag oder Abend, sondern stark  
dunkel, süßgezogen, möglichst  
mit Zusatz von Milch, je nach  
Geschmack mit oder ohne Zucker.  
Teekanne „Lila“ ist ein Meis-  
blättriger, erdiger und kräftiger  
Morgenstee, nach dessen Genuss  
man sich frischer und wacher fühlt  
als bei allen sogenannten fülligen  
Morgengetränken.  
Fordern Sie in den Geschäften kurzweg  
**TEEKANNE „LILA“**  
Das 50-Gramm-Paket kostet nur 80 Pfennige  
und reicht für ca. 70 Tassen kräftigen Tee. Demnach  
die Tasse nur zirka 1 Pfennig.

**Ernst Neßler, Nachf.**

Wettinerstraße 7  
Jahnstraße 3  
Drehsigplatz 1  
(Am Straßenbahnhof Mickta)  
6019  
**Kolonialwaren  
Weinhandlung  
Spirituosen  
Kaffee-Rösterei**

Verlangt Eiertelwaren  
und Makkaroni von  
**Max Sparmann, Nötzschenbroda**  
7208

Sie rauchen noch keine **Supra?**  
— — — **Schade!**  
Es sind die besten Zigaretten / Konzernfrei  
**Supra 5 Pf. \* Supra Ideal 6 Pf.**  
3109

**Marien-Apotheke**  
Altmarkt 10, Kreuzkirchenecke  
Lieferung für alle Krankenkassen  
6163  
Allopathie  
Homöopathie  
Biochemie

**Drogen-Spezialhaus, Kräutergewölbe**  
Farben / Lacke / Pinsel usw.  
**Spalteholz & Bley** Pillnitzer  
Straße 20  
6162

Kauft in **Edeka** Geschäften  
6705

**Wäsche- u. Baumwollhaus**  
**Fraueneck**  
Ecke Frauenstraße  
Schöbergasse 9, am Altmarkt  
6036  
50% Rabatt in Sport-  
Marken

**MEHL T.BIENERT GRIES**  
6435

**Photo-Leinwand** Apparate-Zubehör  
Entwickeln und Kopieren  
Weinligstraße 2, Dippoldswalder Platz  
6401

Die hochfeine  
5 Pf.  
Zigarette  
**CONFREIA**  
(Konzernfrei)

**Herren- und Knaben-Bekleidung**  
**Hüneburg**

Sport- und Arbeitskleidung — Maßanfertigung  
Wettinerstraße 35/37 • Besuch ohne Kaufzwang gestattet  
6404

**Karl Lohse** Wettinerstraße 46  
Schokolad. u. Zucker-  
waren erster Firmen  
Verkauf an Wiederverkäufer

**SEIDEN-HAUS  
Jacobey**  
DRESDEN-A., ALTMARKT 6  
6170

**Berufskleidung aller Art**  
A. Altus, Große Brüdergasse 43, II  
6409

**Wild-, Geflügel- und Feinkosthandlung**  
**Otto Hartmann** Kreuzstraße 13  
6406

**+ Zwerg-Drogerie +**  
Gute Farben — Gute Lacke  
Günstige Preise  
Rosenstraße 5  
6421

**Carstensen**  
Pillnitzer Straße 5/7  
Schneiderei-Zutaten, Spitzen u. Besätze  
6351

**Schokoladen-Hering**  
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik  
Kaffee-Groß-Rösterei  
Sanussa-Husten-Bonbons  
Alteingiger Hersteller der echten  
Hochwertige Kaffees zu volkstümlichen Preisen — Immer frisch geröstet!  
6303

**Monats-Garderobe**  
Gute Halbesitz- und  
Mäntel von M. 10,- an  
• Große Auswahl in  
neuesten Auslagen  
und Mänteln  
Vorzeiger dieses er-  
hält 5 Prozent Rabatt  
**Langermann**  
Große Brüdergasse 23  
6080

# Greiling-Schwarz-Weiss

es gibt keine bessere 48 Zigarette

